

Arbeiter-Zeitung

erl. ist täglich mit Ausnahme des Sonntags 15.45 Uhr.
Preis: wöchentlich 0.60 RM., monatlich 2.00 RM. Einzelnummer 10 RM.
Durch die Post bezogen monatlich 2.00 RM., unter Briefkasten 2.00 RM.
Ausliegenpreis: Die gewöhnlichen Buchhandelspreise ohne den
Raum 10 RM. Berlin und Berlitzungsangelegen 6 RM. Postkarte.
Preis: Die doppelte Summe dieses Preises Raum im Post
70 RM. — Schluß der Unternehmensabrechnung ist bei der Hauptabrechnung
6 Uhr; in den Filial-Abrechnungen am Tage vorher bis Mittag 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien

Organ der R.P.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Zeitschrift „Der Rote Stern“

Begründer von Bernhard Schötländer (März 1920 ermordet)

Gesamtvertrieben: Berlin 18, Dresden 50, Kd. 100 RM.
Vertriebene: Berlin 344, Schafft 100, Kreis 100, Kd. 100 RM.
Kreis 50, Kd. 200 RM. Gesamtvertrieben: Berlin 18, Kd. 100 RM.
Dresden 18, Berlin 28, Kd. 400 RM. Kreis 100, Kd. 100 RM.
Gesamt: Berlin 8, Kd. 100 RM. Gesamtvertrieben: Berlin 18, Kd. 100 RM. Kreis 100, Kd. 100 RM. Dresden 18, Kd. 100 RM. Kreis 100, Kd. 100 RM. — Berlin: „Gesetz“ Berlin, 100 RM. Dresden: „Gesetz“ Dresden, 100 RM. — Berlin: „Gesetz“ Berlin, 100 RM. Dresden: „Gesetz“ Dresden, 100 RM.

Um die Ursache der Waldenburg Grubenkatastrophe

Zahl der Toten auf 32 gestiegen! Betteneintragungen im Fahrbuch — Weshalb hat der sozialdemokratische Betriebsrat nichts zur Vermeidung der Katastrophe unternommen?

Waldenburg, 7. August.
Von den im Knappshäftsloge untergebrachten Schwerverletzten verstarben gestern nachmittag der Schlosser Richard Müller und der Schlepper Rudolf Schön. Damit hat sich die Zahl der Toten der Katastrophe in Nieder-Hermsdorf auf 32 erhöht. Von den drei weiteren Verletzten, die noch im Lazarett liegen, befindet sich einer in Lebensgefahr. Nur zwei dürften am Leben erhalten bleiben.

Sofort nach der gräßlichen Katastrophe auf der Glückhütte Friedenshoffnung-Grube stellte die „Arbeiter-Zeitung“ als einziges Blatt in Schlesien fest, daß die Schuld an dem Tod der 30 Arbeiter einzige und allein die Grubenverwaltung und das Bergamt am tragen. Die bürgerlichen Blätter versuchten, die Schuld den Arbeitern in die Schuhe zu schieben. Die sozialdemokratische „Bergwacht“ schrieb von der „sehr guten Beweiterung der Grube“ und meinte, an der Katastrophe sei der plötzliche Witterungsumschlag über Tage schuld.

Alle Bergarbeiter des niederschlesischen Schleppereiers waren über die Schrecklichkeit der „Bergwacht“ aufs äußerste empört. Das veranlaßte die Redakteure dieses Blättchens am 5. August, also

acht Tage nach der Katastrophe, einen Artikel zu verfassen, in dem der Anschein erweckt wird, als wolle man gegen Grubenverwaltung und Bergamt zu Felde ziehen. Interessant ist die Behauptung, daß der Betriebsrat

in den letzten sieben Monaten 19 mal ins Fahrbuch den Vermerk gemacht hat: „Die Abteilung bei der Bevölkerung nicht wettfrei befunden.“

Dergleichen soll die Eintragung

„Die Sicherheitslampen sind nicht in Ordnung“

des öfteren erfolgt sein. Die Behauptungen der „Bergwacht“ als

wahr vorausgesetzt, wird durch diese Eintragungen des Betriebsrates ins Fahrbuch die Schuld der Grubenverwaltung und des Bergamtes um ein weiteres erhärtet. Was machen aber die „Bergwacht“-Redakteure daraus? — Sie schicken den Artikel mit folgenden Schäden:

Nachdem nun Oberberghauptmann Flemming sowie Ministerialdirektor Hatzfeld, Leiter des Grubensicherheitswesens mit Oberbergrat Weber die Untersuchung in die Hand genommen, haben wir das Vertrauen (!), daß sie auch allen diesen von uns angezeigten Vorgängen nachgehen und damit bewirken werden, daß die Kunde in unserem Revier wieder eingeschläft und auch dafür sorgen, daß alles aufgebaut wird, um derartige Katastrophen zu vermeiden.“

Die „Bergwacht“-Redakteure haben Vertrauen. Zu wem? Zu den Beamten der Bergbehörde. Dabei sind es die Leute, von denen eine folgende Bekanntmachung auf der Unglückszeche veranlaßt:

Bekanntmachung

Auf Grund des § 96 der Allgemeinen Bergpolizei-Verordnung ist von dem Revierbeamten des Bergreviers West-Waldenburg die Ausnahmegenehmigung, vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs, erteilt worden, daß die gebrauchten Weiter aus dem Überbrechen 14a in den Bauen der 15. Abteilung und biegnigen gebrauchten Weiter aus dem Überbrechen 23 in den Bauen der 11. Abteilung weiter verwendet

werden dürfen. Der Betriebsrat hat hieron Kenntnis erhalten.

Waldenburg, den 15. Juli 1929.

Der Revierbeamte des Bergreviers West-Waldenburg, gez. Berger.

Der Artikel der „Bergwacht“ ist lediglich zur Verneinigung der Bergarbeiter und zur Rechtfertigung des sozialdemokratischen Betriebsrates bestimmt. In der oben zitierten Bekanntmachung heißt es ausdrücklich: „Dem Betriebsrat wurde hier Kenntnis gegeben.“ Wir fragen: Wenn dem Betriebsrat bekannt war, daß die Abteilung wettfrei war und daß obendrein die Sicherheitslampen in Ordnung waren, weshalb hat er nicht den Eintragungen ins Fahrbuch nichts gegen die Missstände unternommen? Weshalb hat er gegen die Genehmigung des Revierbeamten keinen Einspruch erhoben? Weshalb hat er nicht die Belegschaft in einer Protestaktion ausgesetzt?

Die Antworten auf unsere Fragen sind einfach: Entweder sind die von der „Bergwacht“ zitierten Eintragungen ins Fahrbuch gar nicht vorhanden, oder der sozialdemokratische Betriebsrat hat der Gefahr, in der die Kumpels schwelten, gewußt, oder nichts dagegen unternommen. Die Sozialdemokraten fühlen sich eben verpflichtet, nicht an das Leben und die Gesundheit der Kameraden, sondern an die Wirtschaftlichkeit des Betriebes, das heißt an die Energie der Kohlenförderung zu denken. Was die Folgen dieser sozialdemokratischen Einstellung sind, hat die Katastrophe gezeigt.

Nicht um die Verbesserung der Bergarbeiter soll man jetzt befürchtet sein, sondern um die Herstellung der Sicherheit in den Gruben! Die kommunistische Fraktion im Landtag hat in ihrem Antrag eindeutig gesagt, was notwendig ist: Bestrafung der Schuldigen! Die Untersuchung haben die Bergarbeiter schon längst abgeschlossen.

Die Haager Konferenz eröffnet

Haag, 6. August.

Heute, Dienstag, kurz vor 11 Uhr wurde die Haager Konferenz eröffnet. Es wurden die üblichen Begrüßungsansprachen gehalten. Als erster sprach der holländische Außenminister van Maanen. Ihm folgte Briand und als nächster Gustav Stresemann. Dieser stellte sich wieder einmal als Zukunftssleger vor, der alle möglichen Dinge im voraus sieht. Es sei notwendig, die Konferenzarbeit mit „Freundschaft“ zu machen. Die Ablehnung, die das Schachiergeschäft der Imperialisten untereinander unter der werktätigen Bevölkerung findet, tat Stresemann mit der Erklärung ab, „man könne solche Arbeit eben nicht durchführen und erwarten, 99 Prozent der Bevölkerung hinter sich zu haben“. Snowden, der englische Vertreter, beschrankte sich, Hermann Müller und Poincaré „häßliche Neigung“ zu wünschen. Damit war die öffentliche Sitzung beendet.

Nachmittags 4 Uhr begann die erste Verhandlungssitzung. Snowden eröffnete die Diskussion mit einer langen Rede, in der er den englischen Widerspruch gegen den Young-Plan in folgenden Punkten zusammenfaßte: England ist gegen den Verteilungsschlüssel, gegen die Art der Verteilung und gegen die Bestimmungen des Young-Planes über die Sachleistungen.

Die Diplomaten und Staatsmänner der imperialistischen Staaten sind nach dem Haag zu der sogenannten Liquidationskonferenz gefahren, die angeblich eine endgültige Regelung der Reparationen bringen soll. Die Vorarbeiten zu dieser Konferenz, soweit sie die Internas und Einzelheiten angeht, wurde von den Staatssekretären in monatelanger Vorarbeit hinter den verschloßenen Türen der kapitalistischen Ministerien durchgeführt. Die große Masse der Arbeiter ersah von diesen Vorarbeiten nichts. Sie ist angewiesen auf die wenigen Neuigkeiten, die die Minister der kapitalistischen Staaten ab und zu in den Parlamenten zur Belebung der Stimmung machen. Diese Konferenz soll einen endgültigen Abschluß über die Verhandlungen bringen, die seit zehn Jahren über Reparationen, Kriegsbeschädigungsabzahlung usw. geführt werden. Der Young-Plan, der auf der letzten Konferenz der Imperialisten angenommen wurde, soll hier seine endgültige Annahme finden. Wenn man die Presse und

Begeisterte Kampfslösung

der englischen Textilarbeiter

Gewerkschaftsbürokraten bereiten Krieg vor — Deutsche Textilarbeiter übt Solidarität!

London, 7. August. Die Führer der Textilarbeiterverbände haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den gewaltigen Textilarbeiterkampf in Lancashire abzumürgen. Auf Grund einer Vereinbarung mit den Unternehmernverbänden machte das Exekutivkomitee des Spinnerei-Unternehmervorstandes den Arbeitern den Vorschlag, auf der Basis einer fünfprozentigen Lohnkürzung mit den Unternehmen Verhandlungen aufzunehmen.

Die Delegiertenversammlung der Spinnereiarbeiter nahm auf einer Sitzung in Manchester zu diesem Vorschlag Stellung und lehnte ihn nach fürmischer Debatte mit großer Mehrheit ab.

Eine Delegiertenversammlung der Kontrollmänner, die am Sonntag tagte, lehnte ebenfalls die Verhandlungsvorschläge der Gewerkschaftsmitglieder auf Grundlage einer Lohnherabsetzung um fünf Prozent ab.

Unter der Arbeiterschaft herrscht eine begeisterte Kampfslösung.

Wie der „Sunday-Express“ mitteilt, hat ein Teil der Gewerkschaftsführer der Spinnereiarbeiter bereits mit den Arbeitgebern Unterhandlungen über eine Lohnkürzung von 5 Prozent aufgenommen.

Deutsche Textilarbeiter, leistet keine Streikbrecherarbeit! Organisiert den Kampf um eigene Forderungen! Der Kampf der englischen Kollegen ist euer Kampf!

Gewaltiger Spinnerrstreit in Indien

200 000 Streikende

Polizei tötet 8 Arbeiter und verletzt 20 schwer

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus London, daß in Kalkutta, Indien, ein großer Streit in der dortigen Jutespinnerei aus-

75 Tote bei einer Grubenerpllosion in Japan

Tofu, 6. August.

Infolge einer Explosion in der Kohlengrube Kachinai in Hollando wurden 75 Bergarbeiter getötet und fünf verletzt.

Die Aufräumarbeiten auf der Kachinai-Grube sind in vollem Gange. Ein weiterer Arbeiter, der bei der Explosion schwer verletzt wurde, ist inzwischen seinen Wunden erlegen. Vor der Einfahrt der Grube stehen die Angehörigen der Bergungsläden sowie größere Arbeitermassen.

Die Neuerungen der Staatsmänner verfolgt, so zeigt sich sofort für jeden, daß selbst über diese Fragen keine endgültige Übereinstimmung erzielt ist, und daß über diese laufenden Fragen noch die stürzten Differenzen vorhanden sind, die in den verschiedenartigen Interessen der einzelnen nationalen Kapitalistengruppen ihre Ursache haben. Wenn von der Haager Konferenz als von einer Konferenz zur weiteren Durchführung von Friedensgarantien gesprochen wird, so ist das nichts als wie nur ein beschleunigtes Erwachungsmandat. Solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, gibt es — und das muß immer wieder betont und unterstrichen werden — keine endgültige Friedensbasis. Die Kriege sind unabdingliche Begleiterscheinungen des Kapitalismus. Sie entstehen aus den ökonomischen Bedürfnissen der einzelnen Interessengruppen, und der sich aus diesen Interessen ergebenden Kämpfe um Absatzmärkte und Rohstoffquellen. Da die Entwicklung innerhalb der einzelnen kapitalistischen Länder eine ungleichmäßige ist, verschiebt sich ständig das Verhältnis der einzelnen Völker zueinander, und verzögert sich auch das jeweilige sogenannte Kriegsverhältnis der kapitalistischen Staaten gegeneinander. Diese Veränderung führt eben zu dauernden neuen Konflikten, zu dauernden neuen Kriegsgruppierungen, und damit auch zu ständig wechselnden Blockstellungen einzelner nationaler oder international zusammenge schlossener kapitalistischer Staatenengruppen.

Diese für das Proletariat grundähnliche Seite der Entwicklung wird natürlich von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse nicht berührt. Die Aussägung über die Frage der Entwicklungs tendenzen des Kapitalismus und Imperialismus muß und wird sofort alles Geschwätz über den sogenannten Weltfrieden und die Festigung des Friedensbasis zwischen den kapitalistischen Staaten zerstreuen. Die Erkenntnis über angegebener Tatsachen durch die breitesten Arbeiterschichten würde diese die ständig heranmarchende und steigende Kriegs gefahr erkennen lassen und sie zu einem starken Bünd gegen den imperialistischen Krieg zusammenziehen. Erkennen die Arbeiter die ökonomischen Eidekräfte, die zu neuen Kriegerischen Konflikten treiben, erkennen sie diese, sagen wir Rücksichtnahme der Entstehung neuer Kriege aus der ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, dann begreifen sie auch, daß man diese Kriege nicht mit leeren Redenarten, nicht mit friedlichen Demonstrationen-Spaziergängen, oder gar mit Vertrauen zu besonders „friedensliebenden“ Staatsmännern aufzuhalten oder auszuschalten vermöge, sondern daß nur der Sturz der kapitalistischen Gesellschaft diese Kriege beseitigt. Die Befestigung der kapitalistischen Gesellschaft ist aber ebenfalls keine Aktion, die sich auf friedlicher Basis erledigen läßt, sondern die den ernstesten, entschiedensten Klassenkampf des Proletariats, den Klassenkrieg gegen die bürgerliche Gesellschaft erfordert. Diese Betrachtung und Beurteilung der sogenannten Friedensmaßnahmen der Kapitalisten ist die einzige Basis, von der aus die Arbeiter die Dinge sehe und beurteilen müssen.

So zeigt sich denn auch, daß die sogenannte Liquidationskonferenz keineswegs eine Festigung des Friedens bedeutet. Diese Liquidationskonferenz ist nichts anderes, als die vorläufige Regelung der Zahlungsleistungen der besiegt Staaten an die Siegerstaaten.

Aber selbst über diese Angelegenheit besteht trotz der grundähnlichen Anerkennung des Young-Plans durch die imperialistischen Staaten keineswegs eine vollständige Übereinstimmung zwischen den einzelnen beteiligten nationalen Kapitalistengruppen. Es bestehen sehr starke Differenzen, sowohl über den Verteilungsschlüssel, d. h. über den Anteil, den die einzelnen Staaten der Siegermächte an der Bezahlung erhalten, wie auch über eine Anzahl anderer politischer Machtkrisen. Selbst der „Vormärts“, der sonst solche Gelegenheiten sehr gern benutzt, um den Arbeitern vorzuschieben, daß hier wieder ein neuer Stein am Bau des Friedens aufgemauert würde, mag es deswegen nicht, von der Liquidationskonferenz als einer Friedenskonferenz zu reden. Der im Verbergurde stehende Konflikt ist im wesentlichen die Differenz über die Verteilung der Zahlungen und die Summe, die auf die einzelnen Staaten entfällt. Die Höchstzahlung wird nach dem Verteilungsschlüssel des Young-Plans an Frankreich geleistet, während England relativ schlechter wegkommt. Die englische Arbeiterregierung hat deswegen auch ihren verkündet, daß sie eine Abwertung des Verteilungsschlüssels der Reparationsanteile verlangt. Nach dem Young-Plan sind die von Deutschland zu zahlenden Annuitäten im Jahresdurchschnitt der Jahre 1929 bis 1965 in folgender Weise verteilt:

Frankreich	1048,5 Millionen Mark
Britisches Reich	409,0 "
Italien	213,7 "
Belgien	115,5 "
Rumänien	20,1 "
Serbien	84,0 "
Griechenland	7,0 "
Portugal	13,2 "
Japan	13,2 "
Polen	0,5 "
USA	66,1 "

Insgesamt Jahresdurchschnitt: 1968,8 Millionen Mark

Gegen diesen Verteilungsplan haben neben England auch die kleinen Gläubigerstaaten Einspruch erhoben. Über die Doten wird also auf der Haager Konferenz zwischen den einzelnen Beteiligten eine wütige Rauerei entstehen, die, nach der Ansicht aller Beteiligten, längere Zeit in Anstrich nehmen wird. Die englischen Vertreter der Arbeiterregierung verlangen neben der Aenderung des Verteilungsschlüssels noch eine Herabminderung der Schadung. Besonders soll nach dem Young-Plan die Schadungen, die nach dem Dawes-Plan geleistet wurden, nach zehn Jahren, jedoch sich ständig vermindern, weitergeleistet und dann vollständig abgebaut werden. Frankreich will den ungeschütteten Teil der deutschen Reparationszahlungen mobilisieren, um zu einem vollständigen Schutz seiner Zahlungen zu kommen. Auch hier verlangen die Engländer eine Aenderung zugunsten der französischen Kapitalisten. Und die vierte Forderung, die von den englischen Kapitalisten durch die Arbeiterregierung erhoben wird, ist die Verlegung der Reparationsbasis nach London. Schon diese vier von der englischen Regierung aufgestellten Forderungen zeigen, wie stark die Differenzen unter den einzelnen Kapitalistengruppen sind. Die französische Regierung erklärt, daß sie unter allen Umständen an der Annahme des Young-Plans in unbedingter Form festhalten wird. Die deutschen Vertreter fordern die Rheinlandabtretung. Demgegenüber erklären die Vertreter der französischen Kapitalisten, daß sie eine Rheinlandabtretung nur gegen eine entsprechende Sicherheit durchführen werden, und sie verlangen gleichzeitig die Einsetzung einer Kontrollkommission für das Rheinland.

Die englische und französische Presse beschäftigen sich mit den auf der Haager Konferenz vorliegenden Differenzen, und es ist sehr beeindruckend, daß die englischen Kapitalisten die Haltung der Vertreter der Arbeiterregierung als die besten Vertreter der nationalistischen Interessen besonders rühmend hervorheben. So schreibt „Engineering Standard“, daß der Führer der englischen Delegation, der Schauspieler Snowden, ein Mann sei, „dessen Künste der Welt verändert, daß er besser zu nehmen als zu geben versteht“. Die Zeitung

betont weiter, daß England in Snowden einen anderen Gegner haben werde, als in Chamberlain. Der „Manchester Guardian“ schreibt, die Interessen Englands könnten in London höheren und stärkeren Händen sein, als in denen Snowdens. Dieser Ruhm der englischen Kapitalisten für die Vertreter der englischen Arbeiterpartei ist charakteristisch und bezeichnend und enthüllt, wie diese Arbeiterpartei praktisch „für den Frieden arbeiten“. Die französische Kapitalistepresse fordert von der französischen Delegation, daß diese unter allen Umständen an der Durchführung des Young-Plans ohne Aenderungen festhalte. Der „Temps“ schreibt, daß die Situation für Frankreich ausgezeichnet sei. Frankreich habe den Vorschlag des Vertreters für sich. Die sofortige Rheinlandabtretung wird von der französischen Presse entschieden zurückgewiesen.

Dieser kleine Auschnitt aus den Differenzen zwischen den kapitalistischen Staaten zeigt der Arbeiterschaft, was es mit allem Friedensverein auf sich hat. In seiner Sonntagsausgabe versuchte der „Vorwärts“, den Beginn der Haager Konferenz vor der Arbeiterschaft zu glorifizieren. Er schrieb:

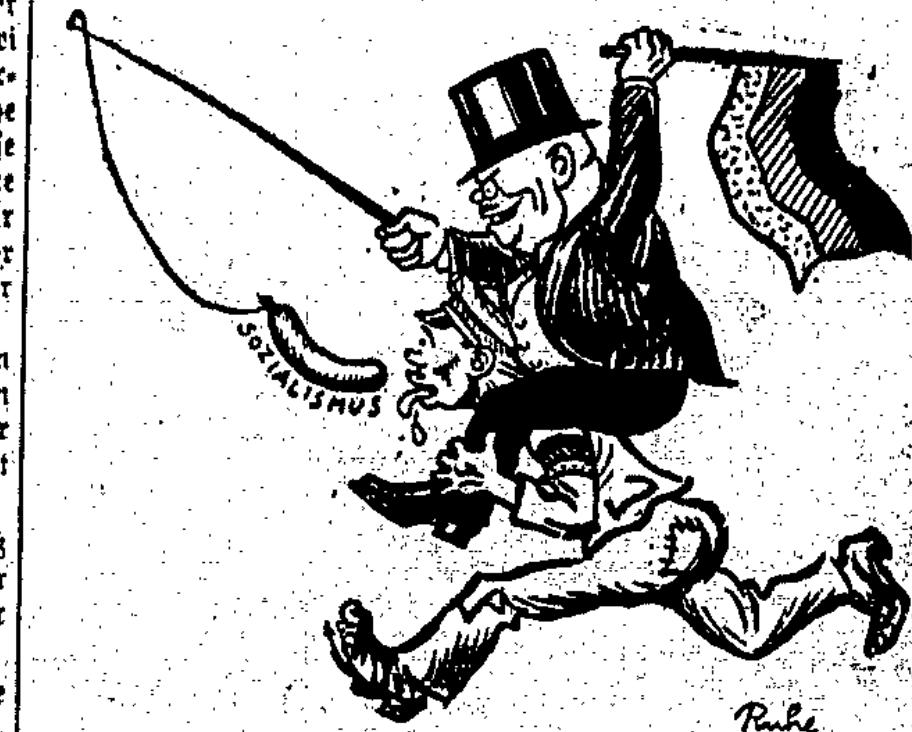
„Die Konferenz im Haag ist sichtbarster Ausdruck dafür, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit der Versöhnung der Völker und der Organisation des europäischen Friedens nicht nur die Völker durchdrungen hat, sondern auch die Regierungen.“

Aber schon am nächsten Tage warf der Sozialdemokratische Pressediensst diese Friedensphrasen des „Vorwärts“ über den Haufen. Er schrieb in bezug auf die Erklärung Briands folgendes:

„Die Haager Konferenz wird nun zeigen, ob Briand den Rest von Kredit, den man ihm auch in Deutschland noch schenkt — und sei es auch nur, weil man keine besseren bürgerlichen Verständigungspolitiker am französischen Horizont erblickt — verdient, oder ob er vor lauter talismanischen Umtwegen schließlich das Ziel der deutsch-französischen Versöhnung aus den Augen verloren hat. Die Worte, die der neue Ministerpräsident Frankreichs vor der Kammer gesprochen hat, mahnen zur Zurückhaltung. Die Tatsache ist nun einmal nicht zu leugnen, daß die Regierung, die Frankreich im Haag vertreten wird, eine Rechtsregierung ist, mit einem allzu vorsichtigen und ängstlichen Mann der Linken an der Spitze.“

Nun, die englische Regierung ist nach der Aussage des „Vorwärts“ eine Linksregierung. Über sie vertritt, nach dem Urteil der englischen Kapitalisten, die Interessen der Kapitalisten Englands besser, wie jede andere bisher. Das Gesammt des Pressediensstes der SPD zeigt nur die Befürchtungen, die man dort hegt, daß der

Stimmen in Auflösung
um den „Preis der Republik“ am 11. August



Republik, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel!
(Eine bekannte Agitationsphrase der linken SPD.)

Verlauf der Haager Konferenz zur weiteren Diskussionierung bei Arbeiter beitragen wird.

Die Arbeiter werden die Rauerei zwischen den einzelnen Kapitalisten mit Interesse verfolgen, weil sie für das Proletariat Zeichen der Differenzen in der imperialistischen Entwicklung bei kapitalistischen Staaten sind. Aber ganz gleichgültig, wie sich die imperialistischen Räuber einigen, für die Arbeiterschaft steht als Hauptfrage die Aufgabe, zu erkennen, daß jeder Ausgang der Konferenz die stärkste Belastung der Arbeiterschaft darstellt und nichts anderes ist, als ein Sprungbrett zur Vorbereitung neuer Kriege, an deren Anfang der Interventionstrieg gegen die Sowjetunion steht.

Nachflänge zum Nürnberger Mörder-Treffen

Berlin, 7. August. Aus Nürnberg wird uns über die Faschistenparade am Sonntag und die Übervölkerung auf die Arbeiterschaft noch gemeldet: Statt der 170 Sonderzüge mit 100 000 uniformierten Nationalsozialisten trafen im ganzen 15 Züge ein. So kam es, daß an der „Demonstration der Hunderttausende“, die zur Hauptaktion des Nationalsozialistischen Reichsparteitages werden sollte, ganze 14 000 SA-Leute teilnahmen. Da der Aufmarsch bei der Nürnberger Bevölkerung eisige Ablehnung fand, hatten die Regisseure der Veranstaltung die Leute bezahlt und die Blumen gekauft, mit denen jene sie auf Bestellung bewarben. Erwerbslosen hatte man 10 Mark pro Tag angeboten, um aus ihnen „Heil“-Sprechzüge zusammenzustellen. Wenig Später, kaum eine Fahne. Um das Fiasko zu verdeutlichen, wurde ein erheblicher Teil des Zuges dreimal eingekreist. Ein ungeheures Polizeiaufgebot schützte die Faschisten, die in den Arbeitervierteln auf den aktiven Widerstand des Proletariats stießen.

Der zentrale Angriff fand auf das Café Merkl statt, in dem sich das Büro des Kommunistischen Jugendverbandes und der Roten Hilfe befinden. Ein Corps von 500 bis 600 Nazis versuchte das Lokal zu stürmen und unterstützte den Angriff durch zahlreiche Revolverschläge, Flaschen- und Steinwürfe. Energetischer Widerstand der 27 anwesenden Arbeiter hielt die Banden zurück, bis die Polizei kam. Sie ging nicht gegen die Provokateure vor, sondern gegen die im Café anwesenden Arbeiter und Frauen, die ausnahmslos verhaftet wurden, unter ihnen auch der Reichstagabgeordnete Meyer-Franzen, der inzwischen auf Freiheit wieder freigelassen worden ist. Die Kommunistische Partei hat in die Massen die Lösung hineingeworfen:

Werft die Faschisten aus den Betrieben! Behandelt in Belegschaftsversammlungen euren Abwehrwillen gegen diese Faschistenshände und hilft Betriebschlagsorganisationen!

Nach Meldungen vom BVB wurden an den Tagen des Nazi-Reichsparteitages allein 75 Personen, durch Übervölkerung der Faschisten verletzt, darunter ein ganzer Teil Schwerderletzter, in den Krankenhäuser eingeliefert.

II. Rendsburg, 6. August. Ein Nationalsozialist aus Lorch a. Rh., der bei den Zusammenstößen am vergangenen Sonntag schwer verletzt wurde, ist im Theresienkrankenhaus in Rendsburg gestorben.

Richter Bombe tot aufgefunden

Es liegt Selbstmord vor

II. Zehden, 7. August. Am Dienstagvormittag wurde an einem Waldrande in der Nähe des Ufers des Bielower Sees bei Zehden die Leiche des seit Tagen vermissten Landgerichtsdirektors Dr. Bombe von einem Rendsburger Fischer aufgefunden. Neben dem Toten lagen Hut, Mantel und Stock. Die Leiche ist schon stark in Bewegung übergegangen. Die Feststellungen der Berliner Kriminalbeamten haben unzweifelhaft ergeben, daß Landgerichtsdirektor Bombe durch Selbstmord gestorben ist. In der Hand der Leiche fand sich noch der Revolver, mit dem sich Dr. Bombe bei tödlichen Schuß in den Kopf beigebracht hatte. Neben die näheren Umstände der Auffindung der Leiche werden folgende Einzelheiten bekannt:

Der Fischmeister Hagen, der die Leiche aufgefunden hat, hatte am Samstag eine Reise aufgestellt, und als er sich mit seinem Kahn längere Zeit in der Nähe des Ufers anschickte, fiel ihm auf, daß vom Strand her ein sehr starke Bewegungserregung nach dem Wasser herüberkommt. Er glaubte zunächst, daß dort wohl ein Tier verendet sei. Später sah er aber doch noch einmal nach und sah, etwas zehn Schritte vom Ufer des Sees entfernt, im Getreidefeld liegend, die schon stark in Bewegung übergegangene Leiche eines Mannes, den er an der Kleidung als den vermißten Landgerichtsdirektor Bombe unbedingt zu erkennen glaubte. In der Hand des Toten befand sich noch der Revolver und das Gesicht war fast mit Blut beschmutzt und infolge des langen Liegens in der Sonne unkenntlich.

Die Untersuchung der Leiche durch den Arzt ergab die Richtigkeit der Feststellungen, daß Landgerichtsdirektor Dr. Bombe seinem Leben durch einen Schuß in die Schläfe ein Ende gemacht hat. Die Angabe war durch das Schläfenbein in das Gehirn gedrungen und hatte den sofortigen Tod zur Folge. Von den Beamten der Staats-

anwaltschaft wurde die Leiche hierauf zur Bestattung freigegeben und zunächst nach Rendsburg geschafft.

Wie mitgeteilt wird, hat Dr. Bombe in seiner Rocktasche einen Abschiedsbrief, gerichtet an den Präsidenten des Landgerichts III Berlin hinterlassen. Über den Inhalt des Briefes, der vermutlich Aufschluß über die Tat Dr. Bombes geben wird, ist vorläufig noch nichts bekannt. Als Vorsichtsmaßnahmen fand sich in der Gesäßtasche des Toten ein Betrag von 85 Reichsmark.

Stahlhelm provoziert — Arbeiter werden verhaftet

München, 7. August. Anlässlich des Stahlhelmtages in München kam es infolge Provokationen seitens des Stahlhelms zu Zusammenstößen. Diese nahm die Justiz zum Anlaß, acht Arbeitern den Prozeß zu machen. Von den Angeklagten wurden drei zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, drei andere erhielten je drei Monate Gefängnis, während zwei freigesprochen wurden. Ein Straferlass wurde abgelehnt.

Reichswehrsoldat in den Tod gejagt

II. Flensburg, 6. August. Ein Reichswehrangehöriger der 2. Fahrabteilung in Flensburg, der sich hier auf Urlaub bei seinen Angehörigen befand, hat sich erschossen. Der Beweggrund der Tat soll nach einem vorgezogenen Abschiedsbrief Verzweiflung über dauernde Drangsalierung durch einen vorgesetzten Unteroffizier sein.

Französische Soldaten lehnen sich auf

Paris, 6. August. 400 französische Rekrutanten im Lager von Saint-Sébastien-Malilly weigerten sich, nach einem Übungsmarsch weiterhin Dienst zu tun. Alle meldeten sich krank. Der Kommandeur war machtlos.

Auf die Streikenden wird geschossen

Budapest, 7. August. Zu den Ereignissen im Bergwerksbezirk Lupeny wird noch ergänzend gemeldet, daß auf Anforderung der Grubendirektion drei Kompanien Gendarmerie und zwei Abteilungen Militär nach Lupeny beordert wurden. Vertreter der Behörden forderten die Arbeiter auf, das Elektrizitätswerk friedlich zu räumen und gaben ihnen dazu bis 12 Uhr Frist. Als die Frist abgelaufen war und die Streikenden noch immer nicht das Werk verlassen hatten, erließ der Kommandant der Sicherungstruppen den Befehl, in die Menge zu schießen. Dabei wurden elf Streikende getötet und eine große Anzahl verletzt.

Judenpogrome in Litauen

Kowno, 6. August. In den ersten Tagen des August führten die Faschisten, unterstützt von der Polizei, in verschiedenen Orten, insbesondere in Sloboda, einem Vorort von Kowno, ungeheure Judenpogrome durch. Viele Juden wurden furchtbar mißhandelt und furchtbaren Folterungen unterworfen. Die Polizei lehnte ein Eingreifen ab. Die Wohnungen von Juden wurden vielfach gestürmt und zerstört. Um die Judenpogrome zu tönen vorbereitet worden.

Mord rast in den amerikanischen Geländen

III. Kansas, 7. August. Aus dem Zuchthaus in Lansing (Kansas) ist eine Reihe Gefangener ausgetreten. Nach den ersten Meldungen sollen zwei getötet und mehrere verletzt worden sein. 14 Gefangene gelang es, zu entfliehen.

Sieben Jahre Gefängnis wegen RFB.-Uniform

Münster, 7. August. Am 7. Juli veranstaltete die Rote Hilfe in Bremen ein Stotes Treffen. An dem Demonstrationstage beteiligte sich auch eine Anzahl früherer Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, die auch Mitglieder der Roten Hilfe sind. Die Arbeiter hatten Blüten und Koppel der früheren Bundeskleidung des RFB angelegt. 27 Arbeiter wurden deshalb verhaftet. Die beanspruchten Kleidungsstücke wurden ihnen abgenommen. Jetzt wurden sie zu je 200 Deutschen Reichsmark, insgesamt also zu sechs Jahren neun Monaten Gefängnis, verurteilt.

Stuttgart, 7. August. Das Gewerkschaftsgericht verurteilte den Arbeiter F. J. wegen Vergehens gegen das Republikanugesetz und Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation zu drei Monaten Gefängnis. Dieses Urteil stützt sich lediglich darauf, daß F. J. eine neue Schirmmütze getragen hat, wie sie früher beim Roten

Frontkämpferbund üblich war. Die Mütze trug kein Abzeichen. Auch sonst hat F. J. keinerlei Abzeichen des verbotenen Roten Frontkämpferbundes getragen.

Ein Beweis der Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation oder der Fortführung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes konnte in beiden Fällen weder vom Staatsanwalt, noch von den Polizeizügen erbracht werden. (!)

Der RFB, die Wehrorganisation des Proletariats ist verboten, fast täglich werden Kämpfer der Roten Front ins Gefängnis geworfen, die Nationalsozialisten dürfen ungestört Arbeiterschläger demonstrieren und Arbeiter niederschießen und niederhüppeln. Die geheimen Firmaorganisationen organisieren Bombenattentat auf Bombenattentat. Alles beides wird die Arbeiterschaft am 11. August, dem Tage der „demokratischen“ Verfassungsfeier, eingedenkt sein.

„Vorwärts“-Lügen über „Flügel der Soviets“

Es gibt keine Freundschaft zwischen Bolschewiken und Faschisten!

Am 20. Juli veröffentlichte der „Vorwärts“ (ein Teil der sozialdemokratischen SPD-Presse übernahm diese Meldung) unter der Überschrift „Faschismus der Kommunisten“ einen Bericht des „Corriere della Sera“, nach dem die russischen Flieger in Rom sich begeistert über Mussolini und den Faschismus ausgesprochen hätten.

Vor gestern traf der „Flügel der Soviets“ auf seiner Rückreise wieder in Berlin ein, und eine Aussprache mit den beteiligten russischen Fliegern ergab, daß der „Vorwärts“ in niederrädrigster Weise eine Darstellung übernommen hat, die der „Corriere della Sera“ erst nach Ablauf der russischen Flieger in Rom veröffentlichte. Als die „Vorwärts“-Notiz einige Mitglieder der Besatzung vom „Flügel der Soviets“ vorgelesen wurde, brachen sie in herzliches Gelächter über so viel Dummmheit aus.

Welche Stellung hat die Mannschaft des „Flügel der Soviets“ zum Faschismus? Ohne Zögern erfolgt die Antwort: „Die Mannschaft besteht aus Parteilosen und Kommunisten und lehnt den Faschismus auf schärfste Art.“

„Hat ein Mitglied der Mannschaft den faschistischen Gruss erwidert, wie der „Vorwärts“ behauptet?“

Italo Mussolini wurde der Mannschaft in seiner Eigenschaft als italienischer Luftfahrtminister vorgestellt. Er begrüßte die Leiter der Mitglieder der Expedition mit Händeschütteln und die übrigen mit dem Kopfnicken.

Faschismus, der von keinem Mitglied der Mannschaft erwähnt wurde.

Mussolini beschämte sich in seiner Unterredung völlig auf die Erörterung rein arbeitlicher Fragen.“

„Außer dem „Vorwärts“ übernommenen Behauptung, daß ein Mitglied erklärt haben soll, er habe „noch nie einen solchen Eindruck von Kraft und Sympathie empfunden wie beim Anblick Mussolinis, oder daß gar

Mussolini mit Lenin verglichen worden sei“, kann nur gesagt werden, daß sie von A bis Z unwahr ist.

Weder private noch andere Aussprüche, außer den offiziellen Empfängen, haben stattgefunden. Da sämtliche Mitglieder der Expedition ständig zusammen waren, ist es völlig ausgeschlossen, daß eine solche Meinungsfestigung gefallen ist.

Eine ebenso verlogene Darstellung wie die des Empfangs bei Mussolini hatte der „Vorwärts“ einige Tage vorher über den Empfang einer italienischen Luftfahrtflottille in Odessa gegeben. Auch hier gingen wir den Dingen auf den Grund und fragten unsere russischen Freunde:

Der Empfang der italienischen Luftfahrtflottille war völlig offiziell. Die Flottille, die vorher in Rumänien, Griechenland, Bulgarien, der Türkei und anderen Staaten ihre Besuche absolviert hatte, wurde in Odessa lediglich von einem führenden Mitglied der Sowjet-Aviation begrüßt. Arbeiter beteiligten sich an diesem Empfang nicht. Als wir seinerzeit Nobile gerettet hatten, haben wir klar und deutlich ausgesprochen:

„Es gibt keine Freundschaft zwischen Bolschewiken und Faschisten.“

So ist es und so wird es bleiben. Was der „Vorwärts“ übernommen und als wahr hingestellt hat, ist eine vollständige Erfüllung!“

So steht, unter die Lupe genommen, die Berichterstattung der sozialdemokratischen Presse aus. Möglicher Leichardt, in allen Klöcknerlädchen herumlaufend, findet sich ab und zu eine „Perle“ im Kampf gegen den Kommunismus, deren „Entzündung“ ihm Lust vor dem verhassten Gegner verschafft soll. Hat nichts geholfen! Wieder einmal ist die SPD-Presse als niederrädriger Fälscher und Schwindler entlarvt!

Der Rote Tag in Amerika

Über 200 Verhaftungen — Hunderttausend Demonstranten

New York, 8. August.

An den Demonstrationen anlässlich des Roten Tages nahmen in den USA über hunderttausend Arbeiter teil. An vielen Orten begann um 4 Uhr nachmittags der Streik.

In New York beteiligten sich an den Demonstrationen bei ausreichender Stimmung 20 000 Arbeiter. Die Polizei nahm 40 Verhaftungen vor. An der Demonstration des kommunistischen Jugendverbandes beteiligten sich 1000 Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, die u. a. vor dem Gebäude des sozialistischen „Randschule“ gegen den Reaktionismus demonstrierten. Die Kampfstimung führte Zusammenstöße mit der Polizei herbei, wobei viele Arbeiter und vier Polizisten verwundet wurden.

Im Staat Pennsylvania demonstrierten während der Mittagspause 3000 Arbeiter des Stahlwerkes Mt. Kiesport. In Pittsburgh demonstrierten während der Mittagspause 4000 Arbeiter der dortigen Stahlwerke. Bei der Demonstration der Arbeiter der

Frontkämpferbund üblich war. Die Mütze trug kein Abzeichen. Auch sonst hat F. J. keinerlei Abzeichen des verbotenen Roten Frontkämpferbundes getragen.

Ein Beweis der Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation oder der Fortführung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes konnte in beiden Fällen weder vom Staatsanwalt, noch von den Polizeizügen erbracht werden. (!)

Der RFB, die Wehrorganisation des Proletariats ist verboten, fast täglich werden Kämpfer der Roten Front ins Gefängnis geworfen, die Nationalsozialisten dürfen ungestört Arbeiterschläger demonstrieren und Arbeiter niederschießen und niederhüppeln. Die geheimen Firmaorganisationen organisieren Bombenattentat auf Bombenattentat. Alles beides wird die Arbeiterschaft am 11. August, dem Tage der „demokratischen“ Verfassungsfeier, eingedenkt sein.

„Vorwärts“-Lügen über „Flügel der Soviets“

Es gibt keine Freundschaft zwischen Bolschewiken und Faschisten!

Am 20. Juli veröffentlichte der „Vorwärts“ (ein Teil der sozialdemokratischen SPD-Presse übernahm diese Meldung) unter der Überschrift „Faschismus der Kommunisten“ einen Bericht des „Corriere della Sera“, nach dem die russischen Flieger in Rom sich begeistert über Mussolini und den Faschismus ausgesprochen hätten.

In Chicago überfiel die Polizei eine große Demonstration und verhaftete 40 Demonstranten. In Frankfurt überfiel die Polizei die Demonstration der Bergarbeiter; bei dem brutalen Vorgehen der Polizei gab es auf der Seite der Bergarbeiter zahlreiche Verwundete.

Im Staat Massachusetts überfiel die Polizei die Demonstration von 2000 Bostoner Arbeitern und verhaftete neun Demonstranten. In New Bedford nahmen an der Demonstration 3000 Textilarbeiter teil; in Cleveland demonstrierten 4000 Arbeiter; im Staat Connecticut sandten in den Betrieben Winchester, Remington und in der Waffenfabrik Colt wütungsvolle Demonstrationen statt. Bei einer Demonstration von Bergarbeitern verhaftete die Polizei alle Redner. In der Stadt Wheeling (Westvirginia) überfiel die Polizei gleichzeitig die Demonstration der Bergarbeiter und verhaftete 6 Arbeiter, die von den Demonstranten gewaltsam bestreit wurden.

Aus anderen Bezirken liegen bisher keine Nachrichten vor. Noch vor dem Roten Tag stand in St. Francisco eine Demonstration vor dem Gebäude des chinesischen Konsulats statt; die Polizei löste die Demonstration gewaltsam auf.

Insgesamt wurden in USA im Zusammenhang mit dem Roten Tag über 200 Verhaftungen vorgenommen.

Karl Liebknechts Jugend ruft!

Die Entschließung der 1. Oberschlesischen Jugend-Antikriegskonferenz

Die am Sonntag in Hindenburg abgehaltene Jugend-Antikriegskonferenz — über die wir bereits gestern berichtet — nahm nachstehende Entschließung einstimmig an.

„An die Jungarbeiterchaft Deutsch- und Polnisch-Oberschlesiens! Kameraden! Jungarbeiter!“

Bie in den Juli- und Augusttagen des Jahres 1914, als der vergangene Weltkrieg entbrannte, wird auch in der heutigen Zeit die Kriegsherrschaft so eifrig betrieben, daß mit dem Ausbruch eines neuen Weltkrieges in nächster Zeit zu rechnen ist. Eines Weltkrieges gegen die Sowjetunion, der ein Klassenkrieg des Weltkapitals gegen die Weltarbeiterchaft sein wird.

Deutschland hat seine Einschwenzung in die Front gegen die Sowjetunion ebenfalls vollzogen. Für den Preis gewisser Zahlungs erleichterungen in der Kriegsschuldenfrage ist es bereit, mit den Randstaaten von Estland bis Rumänien und mit den großen imperialistischen Räubern England, Frankreich und Amerika, den Krieg gegen die Sowjetunion, das Vaterland aller Werkstätten, mit allen Mitteln zu führen.

Auch die Industrieanlagen Deutsch- und Polnisch-Oberschlesiens bereiten sich auf Erzeugung von Kriegsmaterial in großen Mengen vor.

Im Boßig-Werk OS. werden heute schon Gisigassehälter von 15 Meter Länge, 3 Meter Durchmesser und 60 Millimeter Starke hergestellt. Die Hegenscheidt-Werke in Gleiwitz fabrizieren dicke Ketten für Kriegsschiffe und Stacheldraht. All dieses Material wird nach den Randstaaten geliefert, um im Krieg gegen die Sowjetunion Verwendung zu finden. Auf den Gruben wird

immer eine neue Körner nach der anderen und neue Stichstoffwerke gebaut, die alle in der Lage sind, Gasgase und chemische Kampfmittel zu erzeugen. Alle Großbetriebe werden im Laufe der letzten Jahre modernisiert, daß sie in wenigen Stunden auf Herstellung von Granaten, Munition, Geschützteilen, Panzerplatten für Schiffe, Tanks, Panzer-Automobile usw. umgestellt werden können. Die Leistungen der Kohlengruben werden so gesteigert, daß mit einer geringen Zahl von Arbeitern eine größere Produktion erzielt werden ist. Die Flugplätze und der Flugverkehr in OS. sind so verbessert worden, daß sie innerhalb weniger Stunden ihren Dienst auf Kriegsbedürfnisse einstellen können.

Die arbeitende Jugend soll in diesem Kriege wieder das Kanonenfutter sein.

Schon arbeitet die deutsche Bourgeoisie unter kräftiger Mithilfe der Sozialdemokratie dahin, eine faschistische Diktatur nach dem Vorbild Polens



Illustrierte Reichsveröffnung.

S. 109

Die Richter sind unabhängig... Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.

Das Antikriegsaufgebot für Partei und Presse ist unsere Antwort auf dem Verfassungsrumpf!

Barricadenkämpfe in der Zihlhei

Prag, den 8. August. Die Parteidemonstration der KPdD in Boronovo veranlaßte eine Feuer, wobei Anhänger der Konservativen Partei unsere Freunde provozierten, so daß es an einem Zusammenstoß kam. Die Polizei stellte sich auf die Seite der Demonstranten. Die Arbeiterschaft, geweckt durch die Ereignisse in Boronovo im Herbst 1928, wehrte sich gegen die Polizei, unter anderem auch mit Revolvern. Die Polizei erwiderte das Feuer. Selbst bürgerliche Zeitungen schreiben, daß rund 50 Arbeiter eine Barricade errichtet haben und sich so gegen die Polizei worteten. Erst nach dem Einbrechen von Polizeiverstärkungen aus Prag muhte die Barricaden geräumt werden.

Gefangenennord in Agram

Agram, 6. August. Die bürgerliche Presse meldet: Nach einer Meldung des Blattes „Intars Lisi“ hat sich ein kürzlich verhafteter kommunistischer Agitator während eines Verhörs (!) aus einem Fenster des Gerichtsgefängnisses hinabgestürzt; er ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Es handelt sich hier um eine der üblichen Polizeimeldungen zur Vertuschung eines neuen Verbrechens der Polizei an wehrlosen politischen Gefangenen, wie sie in Jugoslawien an der Tagesordnung sind. Die lakonische Mitteilung, der Gefangene habe sich „während eines Verhörs“ aus dem Fenster gestürzt, läßt darauf schließen, daß die Polizei den Gefangenen nach den in den serbischen Kertern üblichen schrecklichen Folterungen heimlich ermordet hat, um die Spuren ihres Verbrechens zu verwischen.

Italiens, Litauens und der Balkanstaaten aufzurichten. Severing droht mit der Diktatur. Der RFB und die Rote Jungfront wurden wegen ihrer antimilitaristischen Tätigkeit verboten, das Verbot der KPdD und des KPPD soll folgen. Am 1. Mai und zum Roten Tag am 1. August forderte der Faschismus seine Opfer. Die Verfolgung der revolutionären Tätigkeit der Kommunisten in Polen, Tschechoslowakei und anderen Staaten wird stärker. Besonders scharf wird diese Verfolgung gegen die revolutionären Jungarbeiter organisiert, die unter der Führung der kommunistischen Jugendverbände kämpfen. Jungkameraden!

In den Betrieben versucht der Faschismus mit Terror und Schikanen die arbeitende Jugend unter seinem Einfluß zu bekommen. Im Vorwärts zwinge man die Laufburschen, in den Schuhhofsstand einzutreten. Der Stahlhelm hat dort seine Zelle. Die Lehrlinge werden gezwungen, Mitglieder der nationalistischen Deutschen Turnerschaft und des christlichen Metalarbeiterverbandes zu werden. In den Turnhallen werden militärische Übungen wie auf dem Kaiserhof abgehalten: auf, auf — marsch, marsch — hinlegen — auf, auf auf. Morgens wird ein militärischer Appell veranstaltet, um die Lehrlinge an die „Zucht“ beim Militär zu gewöhnen. In fast allen Betrieben und Gruben Oberschlesiens ist ein solches Strafystem im Gange, daß außer schwerer wirtschaftlicher Bedrückung die Gewöhnung an die Militarisierung der Betriebe herbeiführen soll.

Die zahlreichen Sportorganisationen in Oberschlesien, allen voran die „Deutsche Jugendkraft“, betreiben jetzt schon die geistige und körperliche Entzüchtung für den kommenden Krieg. In den Berufsschulen führt die bürgerliche Klasse die geistige Vorbereitung für den Krieg durch. Die Staatsbürgerkunde und die Verfassung feiern werden im nationalsozialistischen Sinne für dieVerteidigung der glorreichen „Deutschen Republik“ gegen jeden Feind von innen und außen durchgeführt. Der preußische Handelsminister hat angeordnet, daß in den Berufsschulen Unterricht im Flugwesen erteilt werden soll, bzw. wird man die Schüler, wie in Polen, zu militärischen Übungen mit Gasmasken usw. heranziehen.

Jungarbeiter! Die Delegierten der 1. Antikriegskonferenz der Jugend in Oberschlesien rufen euch auf, den Kampf gegen diese Militarisierung der Arbeiterjugend aufzunehmen und im Geiste Lenins und Liebknechts gegen die Kriegsvorbereitungen zu kämpfen für die Befreiung des ersten Arbeiters und Bauernstaates der Welt, für die Sowjetunion!

In allen Betrieben und Gruben, in jeder Abteilung wählt euch revolutionäre Jugend-Vertrauensleute, schafft Antikriegskomitees. In jeder Klasse der Berufsschulen wählt Schülerrat, schafft den roten Schülerbund und demonstriert gegen den nationalsozialistischen Ver-

fassungsummum am 10. und 11. August, der nichts anderes als eine Maßnahme in der Kriegsvorbereitung darstellt. Demonstriert unter den Fahnen des Kommunistischen Jugendverbandes zum 16. Internationalen Jugendtag am 8. September in Hohenburg. Bildet in den Betrieben antifaschistische Jugend-Garden, organisiert die aktive Abwehr gegen den Betriebsfascismus, der in den Betrieben den Krieg vorbereitet.

Kämpft für nachstehende Forderungen:

Gegen die Militarisierung der Jugend in den Betrieben, in den Berufsschulen und Volksschulen;
gegen die sozialistischen und bürgerlichen Jugendvereine;
gegen die kriegsvorbereitende Politik der SWP, insbesondere gegen die Vereinheitlichung der sozialistischen Jugendarbeit in Gewerkschaften und Sportvereinen;
gegen die kriegsvorbereitenden Jugendgesetze, für die Forderungen der Soldaten in Heer und Flotte;
für die Verteidigung der Arbeitsbrüder im Waffenrod mit den Arbeitern der Betriebe;
organisiert den Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen, für zwischenparteiliche Lohnverteilung, gegen Strafen und Misshandlungen, für die proletarische Wehrhaftigkeit der Arbeiterjugend!

Befolgt die Lösung Lenins, der euch sagte:

"Bald wird es groß sein. Man wird dir Waffen geben. Nimm sie und lide dich im Waffenhandwerk. Dieses Wissen ist für den Proletarier notwendig, nicht, um auf deine Brüder, die Arbeiter in anderen Ländern, zu schielen, wie dies auch in diesem Kriege (1914–1918) der Fall ist, und wie die Verräter des Sozialismus es dir zu tun trachten — sondern um gegen die Bourgeoisie seines eigenen Landes zu kämpfen, um der Ausdeutung der Armut und den Kriegen nicht mit frommen Wünschen, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und ihre Entwicklung ein Ende zu machen."

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Es lebe die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Schon jetzt herrscht Robbenjäger

Die Werktagigen Berlins wollen von den Reichsbannern Rollkommandos nichts wissen

Die „Rote Fahne“ bringt die genue Kopie eines Kundschreibens des Reichsbanners Charlottenburg. Aus diesem geht unzweideutig hervor, daß selbst die eigenen Reichsbannerleute vollkommen apathisch dem angekündigten Aufmarsch der Höring-Garden am 11. August gegenüberstehen und nicht einmal bereit sind, den ausdrücklichen Reichsbannerleuten Quartier zu geben. Das bient als Maßstab dafür, wie das übrige Arbeiterschaft sich zu dem Aufmarsch stellt. Die Pleite wird immer offensichtlicher. Aus den großzügig angekündigten 150 000 sind selbst in der sozialdemokratischen Presse jetzt nur 50 000 geworben. Zweifellos wird auch nur ein geringer Teil der genannten Ziffer tatsächlich aufmarschieren. In dem Reichsbannertumdschreiben heißt es:

Charlottenburg, den 24. Juli 1929.

Kundschreiben Nr. 7/29.

Um die Mitglieder der Räte und das Stadtkommando „Stuttgart“

Werke Rothenbach!

Betrifft: Quartiersbeschaffung.

Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß nur wenige Kameraden bisher die Meldung abgegeben haben, auswärtige Kameraden im Quartier zu nehmen. Wir glauben, darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die Quartiermeldung umgehend erfolgen muß, damit wir in der Lage sind zu übersehen, in welchem Ausmaß die Quartiere zur Verfügung stehen. Wir bitten darum alle Kameraden, ihre Meldung umgehend unter Ausfüllung eines beiliegenden Quartiermeldeformulars an die darauf vermerkte Adresse postwendend einzurichten.

Mit kommunistischem Gruß freiheit

J. A.: Kurt Ademann.

Genossen! Sorgt überall dafür, daß das Reichsbanner vollständig bleibt! Läßt bis noch in ihm befindliche Arbeiter von dieser Organisation des Klassendienstes, führt sie in die rote Kampffront!

Das Sekretariat der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg kreidet der „Roten Fahne“:

Unter der Überschrift „Kommunistische Störungspläne“, „Organisierte Kämpfer“ titelt der „Vorwärts“ (und gestern auch die Wieslawer „Volksstimme“). — Die Red. in seiner Ausgabe vom 4. August ein Kundschreiben der Org.-Abteilung der Bezirksleitung der KPD, in welchem zu dem sozialistischen Aufmarsch des Reichsbanners am 10. und 11. August 1929 in Berlin Stellung genommen wird. Der „Vorwärts“, der mit Hilfe eines Achtgruppenjungen Bündels in den Besitz des Kundschreibens kam, will an Hand des Kundschreibens beweisen, daß die KPD „nicht im entsetzlichen Durcheinander“ steht, die politisch gesuchte Demonstrationsfreiheit, die sie für sich selber in Anspruch nimmt, auch bei anderen zu respektieren. Neben dem Argument, daß der „Vorwärts“ heute schon Bündel für das Demonstrationsverbot nach dem 11. August liefert, soll gleichzeitig der Terror, den das Reichsbanner am 10. und 11. August gegen die Arbeiterschaft anwenden wird, gerechtfertigt werden.

Worum geht es am 11. August? Das Reichsbanner wird in Berlin aufmarschieren, „um den Feinden der Republik zu zeigen, daß die Republik nach dem Fall des Republikabgezeuges nicht wehrlos ist“. „Dieser militärische Aufmarsch soll eine Spannungslage sein und den Stalin-Kommunisten im August und den folgenden Monaten eine entsprechende Rübelecke bereiten.“ Das schreibt Herr Kühlner am 11. Juli 1929. Die Neuerfälle des Reichsbanner Rollkommandos auf Arbeitern sind die Demonstration zu den Ausschüttungen Kühlner. Auf dem Wedding wurde eine Arbeiterschaft von einem Reichsbanner-Rollkommando besetzt und mehrere Arbeiter schwer verletzt. An anderen Stellen Berlins wurden Arbeiter von den Reichsbanner-Rollkommandos rücksichtslos geschlagen. Das ist die „Demonstration“ gegen links. Das ist das Vorbild zum 10. und 11. August. Dieser eingesetzte sozialistische Terror spielt sich unter den Augen der Polizei ab. Das ist die „Demonstrationsfreiheit“, die der „Vorwärts“ preist.

Wer die Arbeiterschaft ist schnecken geblieben, sich von dem Sozialfascismus, der vor der Regierung des Faschismus ist, niederknien zu lassen. Dieser 11. August, der eine politische Demonstration gegen die „Stalin-Kommunisten“ sein soll, ist mehr als das. Er ist eine Provokation gegen die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins. Der Aufmarsch des Reichsbanners ist eine offiziell angelegte Provokation. Reichsbanner- und KPD-Führer glauben, die Durchführung ihres Plans vom 1. Mai auf eine andere Art erreichen zu können. Sie werden sich täuschen.

Am 11. August wird der Front des Sozialfascismus und Sozialimperialismus die rote Massenfront der Berliner Arbeiter gegenüberstehen. Am 11. August werden die Arbeiter Berlins demonstrieren unter revolutionären Forderungen gegen den deutschen Kaiserismus und seine sozialfascistischen Helfer.

Lohnabbau statt Lohnzulage

Auswirkung des „besten“ Schiedsspruches in der Textilindustrie

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten)

Vor mir liegen etliche Lohnlisten der Kunsthölzer-Firma Janke u. Co., Grünberg. Ich greife zwei Kategorien der Textilarbeiter heraus: Eine Textilarbeiterin in der Abteilung Reißerei verdiente vor der Ausperrung wie folgt:

44½ Stunden je 41,8 Pfennig	18,62 M
Prämie	0,54 M

Bruttolohn	19,16 M
Soziale Abgaben	1,84 M

Nettolohn	17,32 M
-----------------	---------

Dieselbe Arbeiterin verdient nach 7½ Wochen Ausperrung wie folgt:

43½ Stunden je 48,6 Pfennig	18,97 M
Prämie	0,46 M

Bruttolohn	19,43 M
Soziale Abgaben	1,84 M

Nettolohn	17,59 M
-----------------	---------

Noch „besser“ geht es den männlichen Textilarbeitern derselben Abteilung. Vor der Ausperrung:

46 Stunden je 55,4 Pfennig	25,48 M
Prämie	0,36 M

Bruttolohn	25,84 M
Soziale Abgaben	2,29 M

Nettolohn	23,55 M
-----------------	---------

Nach der Ausperrung:

42½ Stunden je 58,1 Pfennig	24,69 M
Prämie	0,46 M

Bruttolohn	25,15 M
Soziale Abgaben	2,39 M

Nettolohn	22,76 M
-----------------	---------

Das ist der „große Erfolg“ nach 7½ Wochen Kampf der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die uns die Annahme des Wissellosen Schiedsspruches aufgeworfen hat. Dazu ist zu bemerken, daß die Arbeiter der Abteilung Reißerei volle 46 Stunden im Betriebe sind, die fehlenden Stunden sind von dem Unternehmertum als Pausen berechnet, da es Schichtwechselarbeit ist. Kommentar dazu übersichtig.

Massenaufmarsch auch im finsteren Hinterpommern

Lauenburg, 8. August. (Sig. Drahtbericht.) Das am Sonntag durchgeföhrte Rote Antikriegstreffen in Lauenburg, dem faschistisch-agrarrevolutionären Hinterpommern, gestaltete sich zu einer mächtigen Demonstration der ölpommersch-polnischen Grenzbevölkerung gegen den Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion. Der größte Teil der erwachsenen und jugendlichen Werktagigen der 18 000 Einwohner zählenden Stadt Lauenburg nahm an der Kundgebung teil. Die aus dem ganzen Kreise gesammelte Landgendermerie und die mobilisierte Kommunalpolizei wagte es angesichts dieses Massenaufmarsches nicht, ihre geplanten Provokationen durchzuführen.

Genosse Ketz, der im Namen des Zentralkomitees der KPD sprach, der Vertreter der Kommunistischen Partei Polens, des Roten Frontkämpferbundes Danzig, der zu gleicher Stunde im Joppot zu einer Antikriegskundgebung aufmarschiert war, wurden mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen. Die Kundgebung überstand der Sowjetregierung und der Roten Armee heiße Kampfsprüche und das Gelöbnis, unermüdlich für die Verteidigung der Sowjetunion zu kämpfen.

Der Erfolg dieser Massendemonstration ist um so höher einzuschätzen, als bereits Wochenlang vorher die politische und die deutsch-nationale sowie östpreußische Landespresse eine wütende Hetzcampagne entfaltet und die Behörden zum schärfsten Vorgehen gegen die „bolschewistischen Landesvertreter“ aufgefordert hatte. Sie zeigt, daß auch das Landproletariat für die Verteidigung der Sowjetunion marschiert.

Ein neuer Filmstandal

„Revolte im Erziehungshaus“ verboten

Der Revolu-film „Revolte im Erziehungshaus“ nach dem bekannten Schauspiel von Peter Martin Lauppel, der soeben fertiggestellt ist, war von der Filmkammer in erster Instanz freigegeben. Damashin eröffneten die beiden Sachverständigen vom Inneministerium und vom Wohlfahrtsministerium Trommelfeuer und der Überregierungsrat Wittenberg als Vorsitzender der Kammer legte gegen den Film Amtsbeschwerde ein. Jetzt hat die Oberprüfstelle unter der Leitung des Ministerialrats Dr. Seeger den „Bedenken“ der amtlichen Instanzen „Rechtmäßig“ getragen. „Revolte im Erziehungshaus“ ist wegen angeblicher „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ verboten worden. Angeblich sollen insbesondere die letzten Szenen als „Rezept der Revolte“ deutlich erkennbar sein.

Dies unerhörte Verbot zeigt schon jetzt die Auswirkungen der neuen von Seeger vorgelegten Robelle zum Lichtspielgesetz. Es ist bezeichnend, daß während man im Theater die Aufführung von „Revolte im Erziehungshaus“ im allgemeinen unbeeindruckt ließ, man jetzt den betreffenden Film nicht erlauben wird, ja, nur äußerst verstümmt für die Deutlichkeit freigibt. Warum dieser Unterschied?

Die breiten Massen können sich im allgemeinen wegen der teuren Preise ein Theaterstück nicht ansehen, während sie viel eher in der Lage sind, einen Film sich anzusehen. Genau diese Tatsache, daß jetzt durch den Film die Fuge der Filmgeschreiberung in die breiten Massen hineingetragen wird, veranlaßt Seeger und die Bourgeoisie zu einem Verbot. Dieselbe Seeger verbietet diesen Film, der noch im Anfang dieses Jahres eine große repräsentative Kundgebung geleitet hat, die im Herrenhaus stattfand und sich angeblich gegen die Bewormündung durch die Bursitze wandte.

„Die Linkskurve“ wird herausgegeben von Genossen und Kameraden, deren Bücher und Gedichte die revolutionäre Arbeiterschaft kennt und liebt, und deren Namen einen guten Klang haben bei der ganzen Arbeiterschaft. Wir wollen deswegen die Herausgeber der Zeitschrift nennen: Johannes R. Becher, Andor Gabor, Kurt Kläber, Erich Weinert. Noch ein anderer zeichnet verantwortlich, Ludwig Renn, der, obwohl er schon seit Jahrzehnten in der Arbeitersbewegung steht, erst vor einem Jahr durch sein Buch „Der Krieg“, das eine Reportage der Wirklichkeit darstellt, bekannt oder, wie die Bourgeoisie das nennt, berühmt wurde.

Das erste Heft rechtfertigt die grundsätzliche Haltung der „Linkskurve“. Was soll man mehr über seinen Inhalt aussagen? Selber lesen! Der Preis beträgt 30 Pfennig, so daß jeder Arbeiter in der Lage ist, die „Linkskurve“ zu lesen und sie zu abonnieren.

Wedding gegen Magdeburg!

Jeder Kommunist studiert die Referate und Beschlüsse des Weddinger Parteitages!



Preis der 4 Broschüren zusammen 70 Pf.

Arbeitersport

Die Freie Sportvereinigung 1897 veranstaltet am Sonntag, dem 11. August, im „Bergeller“, Bergstraße, ein Sportwochenfest mit Gartenturniert und Tanz im Saale. Um 18 Uhr findet ein Mannschaftskampf im Ringen in sieben Gewichtsklassen statt, zwischen einer Auswahlmannschaft des Bezirks Wedding und der ersten Ringermannschaft der Freien Sportvereinigung 1897. Zum Gartenturnier ist der Arbeiter-Sportverein Chor „Alt-Schneidig“ gewonnen worden. Eintritt 20 Pfennig. Alle Arbeitersportfreunde und Genossen werden gebeten, die Begegnungsanstaltung der Freien Sportvereinigung 1897 zu unterstützen. Anfang 16 Uhr.

WER. ECK 1919. Heute 20 Uhr findet in der Turnhalle eine Vorstandssitzung statt. Sehr wichtige Besprechung. Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen erscheinen.

Freies Fußball! Die am Sonntag ausgetragenen Fußballspiele brachten folgende Resultate: Stern 3:0. — Seite 3:0. — Sicher-

Breslau

Betriebsfeste, Notstandsarbeiter und Erwerbslose

Heute Mittwoch, abends, 8 Uhr, in den Zentral-Ballsälen, Westendstr. 50
große öffentliche Protest-Versammlung

- Tagesordnung
1. Abbau der Arbeitslosen-Unterstützung und Erhöhung der Beiträge
 2. Soll die Pflichtarbeit wieder eingeführt werden?
 3. Freie Aussprache

Kundruf 10 PEG.

Betriebsfeste, Notstandsarbeiter, Erwerbslose, erscheint in Massen, denn es geht um eure Existenz!
Landes-Erwerbslosenausschuss Schlesien
Notstandsarbeiter-Vertretung

Und Breslau?

Der Frankfurter Rundschreiber brachte gestern, Dienstag abend, unter Zeitberichte die Rede des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Genosse Kholow, über Friedens- und Abrüstungsfragen, gehalten auf dem Rätehongkong in Moskau im Mai 1929.

Wo bleibt der Breslauer Sender? Einstmals wurde er von angestellten Muckergestalten der „rote“ genannt. Heute hört man dieses (wenn auch reichlich übertriebene) Adjektiv nicht mehr. Heute ist Breslau eines der kleinsten, tugendhaftesten Rundfunkwähnhäuser. Und Herr Fritz Walter Bischoff? Schweigen wir über diese Enttäuschung!

Die „rote“ Verfassungsfeier

Angestellt um ein Bekenntnis für Klassenkampf und Arbeiterspolitik abzulegen, kamen gestern die „Linke“ aus der Breslauer SPD zur „roten“ Verfassungsfeier zusammen. Ministerpräsident o. D. Erich Zeigner war als Fehrdner angekündigt. „Kann nicht kommen, bin Krank“, meldete ein Telegramm. An seiner Stelle erläuterte der Redakteur Grötsch Dresden die angekündigte Abgrenzung von dem steigenden Verfassungsrummel.

Was diese „linke“ Große zu sagen wusste, geht auf keine Rücksicht; man kam sich vor, wie bei einer amtlichen Verfassungsfeier.

Wenn das Volk am Verfassungstage auf die Straße geht und seine Fahnen entrollt, dann tut es recht. Große Gedanken birgt die Verfassung in sich, die bis zur Überwindung des Kapitalismus reichen, rief er aus. Wir wollen die Republik regieren und die noch auf dem Papier stehende Verfassung zur Durchführung bringen. Dann können die kommenden Generationen die Umwandlung in den Sozialismus vornehmen, war der Weisheit letzter Schluss. Der leidende Zwischenstand brachte ihn aus dem Konzept, bald sprach er vom Erwerbslosenversicherungsgesetz, dann von den Wahlen, fasste vom Frauenvorwahlrecht, das den Sieg bringt. Bei diesem Durcheinander schrie auch die Kommunisten hoch nicht. So erzählte er was vom politischen Bankerott und den Diners in den Sowjetbotschaften.

Zum Schluss sprang Grötsch ein, um die Pleite etwas auszutzen. Mit dem üblichen Pathos verkündete er, daß in Breslau jetzt so geläufig ist wie Beignier 1929 in Sachsen kämpfte.

Die ganze rote Verfassungsfeier war eine Pleite für die Leute um Grötsch und Krumm, sie offenbarte die ganze Hohlheit ihrer Politik.

ANNA DAS MÄDCHEN VOM LANDE

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

Der Junge schüttelte den Kopf.
„Gebe ich dir genug zu essen?“
Der Junge nickte.
„Schlage ich dich?“
Der Junge schüttelte wieder den Kopf.
„Das haben wir eben gesehen“, lachte Toni höhnisch.
„Was haben Sie gesehen? Nichts haben Sie gesehen“, erregte sich der Kaufmann.

„Bitte, er hat mich „bürgerlichen Hund“ genannt, mich, lieber Herr, ich bin ein größerer Proletarier als Sie, Mann. Ich kann mir bei niemandem am Sonnabend meinen Lohn holen, ich habe keinen Achtfurdentag, ich schaute wie ein Hund von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.“

„Und der Lehrling mit Ihnen, bloß daß Sie etwas davon haben und er Mausshellen“, schrie Toni.

„Ich habe etwas davon? Wissen Sie denn nicht, was Steuern sind?“ ereiferte sich der Kaufmann, und die nervöse Frau kreischte wütend dagegen:

„Er zahlt sie nicht.“

„Selbstverständlich zahlt er sie nicht, gnädige Frau“, verwunderte sich der Kaufmann. Und sie, aufgeputzt:

„Die Bolschewiken zahlen keine Steuern, die müssen wir zahlen, verstehen Sie, Sie...“

„Wissen Sie, mein Herr“, fuhr der Kaufmann fort, „wiewiel ich für diesen Laden Rente zahle! Danach fragt auch keiner.“

„Man merkt es Ihnen an, daß es Ihnen sehr schlecht geht,“ erwiderte Toni.

„Ihnen merkt man es auch an“, kreischte die Frau, und mit dem gefingerd drohend: „eden Ihnen merkt man es an!“

„Nun bückte sich und schob mit dem Arm achtungsvoll die Knie der umstehenden Leute beiseite.“

Bie es in nationalisticischen Jugendbünden zugeht

Um „Scharnhorst“ werden die Mitglieder mit Prassel bedroht — Massenaustritte

„Bund Scharnhorst“ ist eine sible nationalistische Organisation, die die Vorstufe für den „Jungstaahlhelm“ darstellt. Der ganze Verein war in Breslau bisher 80 bis 70 Mitglieder stark. Die Organisation steht unter militärischer Leitung; die Mitglieder, sehn- bis sechzehnjährige Kinder, werden ausschließlich gedrillt. Die dabei angewandten Methoden haben in den vergangenen Tagen zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb dieses Vereins und zum Austritt der Hälfte der Mitglieder geführt.

Schon in der ganzen letzten Zeit war die Stimmung wegen des andauernden Führerwechsels und der lästigen innerorganisatorischen Verhältnisse sehr schlecht. Als nun dieser Tage ein Fleischerlehrling, der von seiner bis 1914 währenden Arbeit und er selbst weißt war, sich verzerrte, zu tunen, wollte ihn der gegenwärtige Führer des „Scharnhorst“ verprügeln. Das empörte natürlich den betreffenden jungen Menschen und er erklärte sofort seinen Austritt.

Wit ihm schieden nicht weniger als dreißig weitere Mitglieder aus.

Höchstens sind diese jungen Menschen jetzt über das wahre Geheim der nationalistischen Vereine aufgeklärt. In diesen soll die Jugend zu demütigen, nicht murrenden Slaue zu erzogen werden, die noch den Stiel lassen, mit dem sie getreten werden. Denken ist verboten, Parole ist: Willkürlich gehorchen! Man braucht solche Menschen für die Zukunft. Je mehr man von ihnen hat, um so leichter wird es den Kriegstreibern fallen, zu ihrem blutigen Zielen zu kommen. „Scharnhorst“ und ähnliche Organisationen erzielen zum „Frontgeist“, einschließlich Maulhalten. Welcher Jungarbeiter empfindet nicht das Bedürfnis der Zunutung, Mitglied einer derartigen Organisation zu sein? Darum heraus aus den nationalisticischen militärischen Jugendverbänden. Jeder Jungarbeiter gehört in den Kommunistischen Jugendverband.

Streunenfälle. Am Dienstag gegen 21.30 Uhr erfolgte am Ohlauer Stadtgraben vor dem Grundstück Nr. 16 zwischen einem Personenträgerwagen und einem Radfahrer ein Zusammenstoß. Der Radfahrer, der Kutscher Oskar Ledet, Brüderstraße 10, wohnte, mußte erheblich verletzt in das Allerheiligen-Hospital gebracht werden. Auf der Gartenstraße am Hauptbahnhof wurde gestern gegen 22 Uhr der Radfahrer Kaufmann Günther Quallin, Neuborsigstraße 12, von einer Kraftwagze umgeschlagen und schwer verletzt. Er wurde in das Wenzel-Hanke-Krankenhaus eingeliefert.

Selbstmordversuch. Heute Nacht gegen 1 Uhr versuchte sich in einem Lokal auf der Kleinen Gossengasse der Maler H. B. durch Aufschneiden der Pulse an das Leben zu nehmen. Er wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft.

Schwerer Zusammenstoß. Gestern nachmittag stieß in der Tiergarten-Ecke Hansastrasse ein Auto mit einem Motorrad zusammen. Das Motorrad wurde zertrümmt, während das Auto ebenfalls stark beschädigt wurde. Eine Frau, die auf dem Motorrad saß, erlitt schwere Verlebungen und wurde in die Magdeburg geschafft.

Stadtteil Süd. Heute 20 Uhr treffen sich alle Genossen bei Langer, Sedan-Ecke Reudorfstraße.

Kollegen Böhme her. Wir versuchten die Angriffe abzuwehren. Bei diesem Vorgang erschien der Kollege Olavist, der auch Mitglied des Betriebsrates ist, der sofort den Kollegen Schröter als Betriebsratsvorsitzenden benachrichtigte. Der Kollege Schröter verlangte vom Bauführer die Begründung zu dieser Handlungswweise. Auch der Kollegen Schröter beschimpfte den Bauführer Birnfeld mit Laufjungen. Als sich dies der Kollege Schröter verbat, stellten die „Kollegen“ einen über uns her. Besonders hervorgetan haben sich Stammek und Jagusch aus Wildschütz. Nach dieser Geldentlast begaben sich die Kurzchen in ein Lokal, aus dem sie nicht mehr herauskamen.

Tor Böschung, am 1. August den Betrieb eine Stunde früher zu verlassen, wurde trotz diesem Vorlummis restlos durchgeführt. Der größte Teil der Belegschaft forderte die Wiederherstellung der entlassenen Kollegen, anderenfalls sie die Arbeit verweigern. Auf diesen Druck hin hat der Unternehmer die Kollegen Schröter und Böhme wieder eingesetzt, nur den Kollegen Frost noch nicht.

Die „Vollzeitung“ stellt in ihrem Bericht den Vorfall so dar, als ob alle Teilnehmer betrunknen gewesen wären. Wahrscheinlich war der Berichterstatter nicht ganz nüchtern.

Strehlen. Versuchter Löhnungsdrauf. Als zwei Steinbrecherarbeiter vom Bruchlontor in Altenbergsdorf nach dem Stummendorfer Quarzschieferbruch gingen, um 8000 Mark Bargeld zur Lohnung zu erbringen, sprang am Bahnhof ein vermummter Mann auf sie zu, mit dem Ruf: „Das Geld her!“ und gab mehrere Schüsse auf sie ab. Beide wurden von Schüldern, besonders im Gesicht, getroffen. Der Täter suchte darauf das Weite und verschwand im Wäldchen. Dieser wurde zwar von vier Landjägern und einer Menge Arbeitern umstellt und durchsucht, aber ohne Erfolg.

Versammlungskalender

Pa.: 2. Antrittungen
Sa., heute 19.30 Uhr: öffentliche Kundgebung, anlässlich der Gesamtmitgliederversammlung der Oberschre, im bekannten Lokal.

Breslau
— Sa. Mittwoch, 20 Uhr: Funktionssitzung bei F. W. Ritterstraße 25.
Donnerstag, 20 Uhr: Kreisbetriebsversammlung. Vorbereitung des Auslandspaz. Genossen der U.P.S. teilnehmend.
Freitag, Mittwoch: Mitarbeiterversammlung. Vertreter der U.P.S. teilnehmend.
Samstag, Mittwoch: Mitarbeiterversammlung. Vertreter der U.P.S. teilnehmend.
Sonntag, Sonnabend, 19.30 Uhr: Heimabend, bei Wendt.

Jung-Spartakus-Bund
— Gruppe Süd, Rette 1 und 2: Mittwoch, 18 Uhr: Gruppenabend im Eisenhardt, Holzstraße 22.
Gruppe Nord, Rette 1 und 2: Donnerstag, 18 Uhr: Gruppenabend in der Stadt, Namslau 1, Waldbachstraße 212.

Soziale Organisationen
Breslau
Arbeiter-Angler-Verein, Donnerstag, 19.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Mitgliederversammlung.
Gründungs-Verband der Freidenker, Donnerstag, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen unbedingt erforderlich.

„Erlauben Sie bitte, nicht auf die Kissen treten“, und brummte zum Jungen: „Sammle das auf.“

Anna war im Menschenauflauf eingezwängt, nahe dem Wagen. Sie stand entsetzt mit der großen Kappenhälfte in der Hand. Bis jetzt hatte sie die Augen auf Toni geheftet, aber nun, als es schien, daß ihm keine unmittelbare Gefahr drohte, schaute sie sich die Leute rings umher an. Sie stellte fest, daß ihre immer mehr wurden, und daß nicht einer unter ihnen war, der sich Tonis angenommen hätte. In dieser stillen Straße wohnten nur Kaufleute, Handwerker und Herten. Arbeiter gab es hier nicht. Da fühlte Anna, daß es ihre Pflicht sei, zu handeln. Angstlich jemden lachend, der sie verstehen konnte, hoffte sie ihre Hoffnung an den Herrn im hellen farzierten Anzug. Dieser mochte vielleicht ehrenhaft sein.

Sie drängte sich bis zu ihm durch und zog ihn sanft am Rock. „Mein Herr“, sagte sie bestechend, „der Kaufmann hat diesen Jungen geschlagen.“

„Ja, das weiß ich schon“, antwortete er streng, und durch die Hornbrille blickten sie ein paar kalte Augen an: „Wischen Sie sich bloß nicht herein.“

Sie trat wieder ängstlich zurück. Toni erblickte sie und lächelte sie an, ohne Aufregung, fröhlich und angenehm.

Und da sah sie, wie schön er war. Sie blickte ihn an und konnte die Augen nicht von ihm lassen. Sie vergaß die Gefahr, die ihm drohte, und sah nur, wie schön er war.

„Na, Anna, fürchte dich nicht.“ Seine Stimme war hell.

„Sie werden mich nicht beißen, sie würden sich die Zähne brechen, und außerdem sind sie zu feige. Die Bourgeois kämpft nicht selbst, sie ist gewöhnt, andere für sich kämpfen zu lassen.“

Biederum lächelte jemand verächtlich.

„Wir werden uns nicht mit dir beschäftigen. Wir werden dich schon zum Bolschewismus verhauen, wir werden dir schon die Bourgeoisie.“

Und die Frau begann sich wieder zu erregen: „Wo ist denn die Polizei? Das ist ein Skandal, das ist wirklich ein Skandal!“

„Ich habe Dr. Kettner und erwiderte gegen diesen Mann die Anzeige wegen Körperverletzung und Beleidigung des Staates.“

(Fortsetzung folgt.)

Berantwortlich für den politischen Teil, Breslau und die Umlagen: Alfred Thomas, Breslau; für Wiedenbrück, Niedersachsen und Westfalen: Wilhelm Bielefeld, Bielefeld; für Oberhessen: Gerhard Schulz, Gießen.

Waldenburger Bergland

Kumpels, laßt euch nicht antreiben!

In der Glückhils-Friedenshoffnung-Grube verunglückte der Hauer Schäpke. Er trug eine schwere Kopfverletzung davon. Zweieinhalb Finger der rechten Hand wurden ihm zerschmettert.

In demselben Betriebe verunglückte ebenfalls am Kopfe der Hauer Kubol durch Gesteinshall.

Kameraden, vergebt nicht!

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

30 Tote, 5 Verletzte! Eine Anzahl Arbeiter, meist Schlepper, haben nach dieser Katastrophe einen Schlag bekommen und sind nicht eine Stunde mehr zu der miserablen Arbeit zurückgekehrt, sondern haben sich die Entlassungspapiere geben lassen. Über 60 Arbeiter sind bereits wieder eingestellt, um die Lücken wieder auszufüllen.

Eine Menge Beileidstelegramme wurden gesandt und Sammlungen werden vorgenommen, um die Notlage der betroffenen Familien zu lindern. Was aber wird für den arbeitenden Kumpel getan? Auch hier versagt die reformistische Führung der Organisation. Keine Sicherung im Betrieb, sondern dauernde Unterbrechung! Keine ausreichende Vergütung der Arbeiter, sondern dauernde Steigerung der Lebensmittelpreise!

Was wird die Katastrophe vergessen sein, wie der einst so grausige Krieg. Es wird neue Katastrophen geben, aber keine bessere Gestaltung des Lebens des Arbeiters.

Es wäre jetzt die heiligste Pflicht eines jeden Arbeiters, endlich einmal das Schmierblatt, die „Drecksack“, mit den bürgerlichen Zeitungen hinauszutwerfen und den Kampf aufzunehmen gegen die Ausbeuterklasse, welche mit der Sozialdemokratie eng verbunden sind. Vorwärts, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei! Nicht gegen die Sowjetunion, sondern mit dieser für eine Weltrevolution!

Reichsbannerpleite in Weizstein

A. R. Am Sonntag veranstaltete das Weizsteiner Reichsbanner ein Gartenkonzert mit Kinderbelustigung im „Steinernen Kreuz“. Die Hemmendorfer Schalmekerskapelle lieferte das Konzert, wobei man alles hören konnte, nur keine Kampfslieder. Die Beteiligung der Bananen war außerordentlich schwach. Es waren hauptsächlich Frauen und Kinder vorhanden. Immer mehr sondern sich die Arbeiter von diesem schwarzgezogenen Vereinchen ab, und bald wird auch die Zeit kommen, wo die Bonzen, welche eingeschriebene Mitglieder sind, nur allein in dieser Gruppe angehören werden. Um meistens ist es zu bewundern, daß es diesmal dem Gemeindeoberhaupt Hartwig nicht zuviel geworden ist, den Krach der Kapelle anzuhören. Im vorigen Jahre, bei einer Veranstaltung der Roten Frontkämpfer, fiel die Musik diesem Herrn auf die Nerven, und er gab der Kapelle, entweder leiser zu spielen oder aufzuhören. Aber diesmal waren es ja Bananen. Wenn auch die „Bergwacht“ immer

und immer wieder von einer kommunistischen Seite schreibt, so vergibt sie aber gern, einmal in ihre eigenen Reihen hineinzuleuchten und die Beteiligung wahrheitsgemäß zu schildern.

Tod durch verdornte Wurst
Ein Schuhmacher in Dittmannsdorf verstarb nach dem Genuss verdornter Wurst unter qualvollen Leidern.

Gemeindevertretersitzung in Liebichau

A. R. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde als erstes der Opfer der Waldenburger Grubenkatastrophe gedacht. Darauf trat man in die Tagesordnung ein. Für den Straßenbau wurden 750 Mark beschworene. Dem Kostenanschlag in Höhe von 108 Mark zur Errichtung einer Bogenlampe an der Querstraße im Oberdorf wurde einstimmig zugestimmt. Für die Hinterbliebenen der Opfer der Grubenkatastrophe wurden 300 Mark beschworene. Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine geheime an.

Für die Hinterbliebenen der Hingemordeten. Die Gemeinde Weizstein bewilligte für die Hinterbliebenen der Opfer des schweren Grubenunglücks auf den Schwesternschächten in Meder-Hermendorf einen Beitrag von 1500 Mark.

Weizstein. Fußball. Die dritte Elf spielt am Sonntag in Mühlbergdorf gegen die erste Elf und feierte mit einem Unentschieden (2:2) zurück. Die 2. Jugend gewann gegen die 1. Jugend 3:0. — Am kommenden Sonntag haben sich Freiburgs Rasenspieler nach Weizstein verpflichtet. Beginn der Spiele: 2. Jugend 10 Uhr, 1. Jugend 13 Uhr, 3. Elf 14 Uhr, anschließend 2. Elf. — Die 1. Elf fährt nach Seitenberg per Auto; in der Spielersitzung am Freitag wird das Fahrgeld eingezogen.

Oberes Revier

Großer Betrug

Einige Arbeiter in Fehammer fiebern auf die Insolvenz eines Webers in Weizstein herein, der Darlehen gegen 25 Prozent monatliche Zinsen füchte. Jetzt ist er Schwindler, der Diener heißt, nach Ergründung von etwa 4000 Mark spurlos in die Tschechoslowakei verschwunden.

Verlehrunfall in Rothenbach. An der Rothenbacher Geschohenecke kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Kraftwagen des Kaufmanns Julius Nahm und dem Motorrad des Kaufmanns Adolf Gilbemann aus Liegnitz. Gilbemann wurde mit einer Soziussäherin auf die Straße geschleudert. Das Auto raste in einen Chausseegraben und fuhr in die 15 Meter weiter, bis es auf einen Baum aufsprang, an dem es in die Höhe fuhr. Nahm und ersilt erhebliche Gesichtsverletzungen.

Schwednitz

Die letzte Erwerbslosenversammlung

war entsprechend der Jahreszeit immerhin gut besucht, besonders stark war die Teilnahme von Ausgesteuerten. Am Beginn der Ver-

handlung wurde schärfstens Protest erhoben gegen die Teilnahme von Kriminalbeamten an der Versammlung. Also so weit ins ist schon in Schweidnitz! Die beiden Krimis erklärten, in höherem Auftrage hier zu sein und nur der Gewalt weichen zu wollen. (Die nächste Stadtverordnetensitzung wird dazu Stellung nehmen.) Genössen Henning referierte über die geplanten neuen Verschlechterungen im Erwerbslosenversicherungsgesetz und den Kampf der Erwerbslosen. Er wies auch auf die Bedeutung des 1. August hin. Beschllossen wurde die Teilnahme an der Kundgebung. Im zweiten Punkt wurden die letzten Vorgänge im Stadtparlament behandelt, u. a. Abwendung der Erwerbslosen-Anträge. Der SPD. wurden gerade nicht schmeichelhafte Worte gegeben. In der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß der erste Schritt die sofortige Inangriffnahme der schon längst geplanten Notstandsarbeiten sein muß. Es wurde eine Kommission gewählt, die in dieser Frage vorstellig werden soll. Besprochen wurde auch die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten der größten Werke. Nach Erhörung der Waldenburger Opfer, an der sich die Krimi nicht beteiligten, wurde mit „Rot Front“ die Versammlung geschlossen.

Polizei „hebt“ den Fremdenverkehr

A. R. „Hebung des Fremdenverkehrs“ ist die Lösung auch in Schweidnitz. Kommen da drei Wanderbögel aus Frankfurt a. M. per Rad durch Schlesien, sind schon auf der Rückreise und besuchen aber noch einmal das „berühmte“ Schweidnitz. Nach anstrengender Fahrt wollen sie zunächst eine Frühstücksstube auf dem Ringe aussuchen, ehe sie sich mit den Altersgruppen beschäftigen. Gerade als sie rechtsmäßig über den Bürgersteig gehen, schreit jemand: „Halt! Sie sind der Hassfest!“ Zwei Kriminalbeamte, die noch keine andere Gelegenheit hatten, sich unbekümmert zu machen, nehmen die harmlosen Wanderbögel fest, weil sie ihre Fahrräder auf dem Bürgersteig geführt hätten. Die Wanderbögel wollen sich ausweisen, denn sie besitzen amtliche Ausweise; aber blindlings zwingt man sie, mit auf die Wache zu gehen. Ein hundertköpfiger Menschenhaufen kommt diese ungewöhnliche Versammlung zu beobachten. Kein Zurruhen halte, die jungen Leute muhten mit auf die Wache und wurden erst nach langerem Aufenthalt in die Lage versetzt, ihren Hunger zu stillen. Sie werden Schweidnitz sicher in dankbarer Erinnerung behalten.

Neuer Konkurs. Der bekannte Pleitegeler hat sich auf der Friedrichstraße ein neues Opfer geholt, nämlich Herrn Karman. Joseph M. Das „Heil Hitler“-Schriften im Schuhwarenverein hat eben auch nichts genutzt. Wann wird der Mittelstand endlich aus seinem Schlaf erwachen und mit den Kommunisten für bessere Verhältnisse kämpfen?

Striegau

Achtung, Wohlfahrtsempfänger!

Verschiedene Klagen geben uns Anlaß, die Methoden des hiesigen Wohlfahrtsamtes respektive des Magistrats zu besprechen. Deshalb laden wir sämtliche Wohlfahrtsempfänger, soweit sie Klagen haben, für Mittwoch, den 7. August, nachmittags 4 Uhr, nach dem Gasthof „Stadt Breslau“ zu einer Besprechung ein.

Niederschlesien

Görlitz

In Deutsch-Osig wird Sprengstoff gesucht

A. R. Im Steinbruch Leuber in Sachsen wurde eine Kiste Sprengstoff, Sapsen und Jürdchnur gestohlen. Daraufhin bekamen einige Arbeiter aus Deutsch-Osig, die eine Woche vorher wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, eine Ladung zum Umtausch gegeben. Sie gingen hin und wurden u. a. von zwei Landgendarmen empfangen. Die Arbeiter wurden aufgesondert, den „geschnittenen Sprengstoff herauszugeben“, und es wurde ihnen ans Herz gelegt, ein Eingeständnis abzulegen, daß man mit Hilfe von Fingeraabdrücken sie „jeweils des Diebstahls überführen“ würde. Wir protestieren entschieden gegen diese Belästigung. Warum sucht die Polizei nicht bei den Angehörigen des Stahlhelms oder Reichsbanners? Nebenbei bemerkt ist der Steinbruch Leuber als Knollenmühle bekannt. Die Arbeiter verdienen dort im Alftord 4 bis 6 Mark pro Tag. Unfälle sind sehr häufig.

Unfall bei der Ernte. Als in Hermendorf der Wirtschaftsschreiber Schöber vom Felde heimkehrte, scherte plötzlich an einem Übergang die Kuh. Die Frau des Landwirts sprang ab, stürzte und geriet so unglücklich unter den Wagen, daß dieser über sie hinwegfuhr und schwer verletzte.

Vom Postauto überschritten. An der Altstadtbrücke fuhr der 49jährige Bäcker Bruno Rose aus Über-Ludwigsdorf in das nach Waldau fahrende Postauto. Rose erlitt einen komplizierten Unterhänkel- und Armbruch, seine auf dem Sitzplatz mitfahrende 23jährige Schwester Olga schwere Kopf- und Handverletzungen und einen komplizierten Unterhänkelbruch.

Sagam

Aus dem Stadtparlament

A. R. Die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich mit 12 Punkten. Unter anderem stand zur Debatte, die von der Firma Brüggemann benötigte Entfernung von großen Bäumen in der Bahnhofstraße, die angeblich die untenen Fahrtröhre verhindern. Der Ratsherr lehnte die Entfernung der gebliebenen schönen Bäume ab und überließ es den Stadtverordneten, darüber zu beschließen. Im Finanzausschuß wurde eine Kommission gewählt, die die Lage besichtigte. Der Bericht dieser Kommission verließ augenscheinlich die Räume. Die Stadtverordnetensitzung beschloß in ihrer Mehrheit die Befreiung der Bäume und Anordnung neuer einheitlicher Bannschilder von Cde. Koseke bis zur Unter-Erie Rieger (SPD.) ließ den Unternehmungs- und Auszugsgeist der Firma Brüggemann. Genosse Gepert sprach sich für Befehlung der Bäume aus, da durch ihre Befreiung das Erdbeben verschärfert wird. Am Schluß der Sitzung stellte Genosse Gepert zwei Anträge an den Präsidenten, eine wegen späterer Benutzung einer Renovierung der Arbeitersiedlung Böll, Feuerwehrstraße 1 (Keller), sowie bezüglich der Brokatarten-Ausgabe vom Hochschulamt vom 1. bis 5. jeden Monats und nicht nach Belieben des Hochschulamtes. Durch Festsetzung der Brokatarten-Ausgabe an bestimmten Tagen im Monat (einen am 1. oder 2., andermal am 29.) werden vermiedene Empfänger um das Brot gebracht. Arbeiter, meist auch Feinde! Die Wahl rückt immer näher. Da habt ihr Gelegenheit zur Driftung.

Die Plakate . . .

A. R. Die Klebesolonen erfüllten ihre Pflicht und schmückten das kleine Böberstädtchen mit prächtigen Plakaten, auf denen man die Worte „Krieg droht“ lesen konnte, oder den einzigen Arbeiterraum, die Sowjetunion, ein Schild mit der Weltfahne, in rot mit Hammer und Sichel gekennzeichnet, sah. Eifrig lasen die Proleten die Inschriften der Plakate! Selbst am Arbeitsamt und Marktplatz gretelten sie in die Augen der Angestellten. Wo, einige Polizeibeamte hatten inzwischen entdeckt und bemühten sich, sie zu entfernen. Herr Laude war der Eifrigste. Einige bedienten sich ihres Säbels und beschädigten noch die Wandarbeiten, denn „Kommunistenleiter ist Lubomirski“, sagte ein Stadtarbeiter, dem man Eimer, Wurzelbüste und Wasser zum Nachjubeln in die Hand drückt hatte.

Das war die folgende SPD. Sie hatte auch Erfolg bei der Kundgebung.

Kunst am Erwerbslose erhielt der Erwerbslosen-Ratschluß jeden Montag und Mittwoch bei Herrn Bäder von 10—12 Uhr („Zur Freitanne“).

Liegnitz

Willkommen, Königsgrenadiere!

A. R. Damit der nationale Dienst nicht einschläft, hatte die führende Generalität des „Königsgrenadier-Vereins“ zu einer Wiedersehensfeier aller ehemaligen Kameraden eingeladen. Wochenlang hat das „Liegnitzer Tageblatt“ in seitenslangen Berichten von der „reichen“ Vergangenheit Reklame gemacht. So kamen denn auch Freitag und Samstagabend des „Königsgrenadiere“ aus allen Gegenenden des „deutschen Vaterlandes“, um sich den Markt mit „vaterländischen“ Feierlichkeiten und Schnaps zu füllen. Mit allen möglichen bunten Zeigen hatte man die Stadt zum Empfang geschmückt. Nach allen diesen Vorbereitungen und Auszähnlichungen mußte man annehmen, es mit einem treulentischen Verein zu tun zu haben. — Weit gefehlt! Die Grenadiere sind die reinsten Kommunisten!! Hatte doch der General von Lewinski eigentlich am Wilhelm-, Grenadier- und Löwen-Denkmal in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag mit extra guter Dekoration unseres Grafs: „Rot Front“ angebracht. Das kann nun die Stadtverwaltung am Sonntagvormittag gleich früh um 8 Uhr von einem Arbeiter diese mutige Arbeit des Generals entfernen ließ, ist eine Disziplinlosigkeit sondergleicher, wird daher wahrscheinlich disziplinarisch bestraft werden. Eine Freude ist Lewinski doch gesiebt, die Entfernung der Schilder ist dem Arbeiter der Stadtverwaltung nur unvollkommen gegönnt. Am Samstagabend konnte man überall die begeisterten Vaterlandverteidiger herumlaufen sehen und hören. Die Krematorium ging sogar so weit, daß man sich im „Hobstädter Hof“ mit Strichlein bearbeitete.

Die „Tante“ lebt.

A. R. Unter der Überschrift „Der Aufmarsch der Massene in Liegnitz“ berichtet die „Sächsische Zeitung“, daß man sich über „politisches Kind“ und „Maulanstreifer“ so aufregen kann. Warum widmet man den „Kindern, die man nicht ernst nehmen kann“, neunundsechzig Zeilen mit zwei Überschriften?? Unterhülle mit Spricht aus den Zeilen. Ohnmächtige Wit über die Befreiung der Tante an der Kundgebung auf dem Friedensplatz. Herr Laude, Sie regen sich auf, daß einmal in der „Arbeiter-Zeitung“ ein Bericht über eine

Stadtverordnetensitzung von Sagas unter Liegnitz gelommen ist. Gehen Sie nur zu Ihren eigenen Sektern, die werden Ihnen erzählen, wie leicht das einmal vorkommen kann. Ihr Blättchen hat im letzten halben Jahr sehr, sehr viel berichtigten müssen. Sie hatten wenigstens 200 Demonstranten erwartet, 75 bis 100 waren Ihrer Meinung nach nur erschienen. Herr Laude, wo hatten Sie Ihre Augen? Waren Sie wieder im Trakt, wie beim AZB.-Verbot?? Oder ist Ihr Bericht wieder, wie damals bei unserer Protestkundgebung, im „Stiller Wirtshaus“ gemacht worden? Herr Laude, Sie machen sich lächerlich, wenn Sie unserem Genossen Wollweber politische Unkenntnis vorwerfen. Herr Laude — wo haben Sie Ihre politischen „Kenntnisse“ gesammelt? Am 8. November 1918, einen Tag vor der Revolution? Erst am 9. November entdeckten Sie Ihre politischen Fähigkeiten. Rechtzeitig hatten Sie an diesem Tage die politische Konkurrenz erkannt und wurden — Republikaner. Seit dieser Zeit hat sich nur Ihr ohnehin nicht helles Gemüt noch mehr verdüstert. Sachlich zu schreiben, sind Sie nicht mehr fähig, also muß lausbid gelogen werden. Wir sind überzeugt, daß Sie Ihre Schwindelnsel selbst schon glauben, und nur aus diesem Grunde nehmen wir Ihnen den ganzen Mist nicht übel. Neben Ihnen drängt der Unterricht des kommunistischen Jugendvertreters loschen. Zeigen Sie uns einen aus Ihren Reihen, welcher sich mit unseren Genossen auf eine Stufe stellen kann, erst dann könnten wir uns weiter darüber unterhalten. Ihre demagogischen Talente lernen wir. Wir bedauern nur die Leute einer solchen Zeitung, welche sich dazit hergeben, die Übungenprodukte eines politischen Rowdys zu lesen.

Hoyerswerda

Haushangestelle mit Gummihüppel verprügelt

Der Güßbesitzer Hölzer in Modersdorf verdroß die in seinem Haushalt tätige Haushangestelle mit einem Gummihüppel. Das Mädchen ging empört zu einem Arzt und ließ sich die Brügel befreien, so daß sich der Herr nun wegen Körperverletzung vor dem Liegenschaftsgericht zu verantworten hatte. Er erhielt wegen Körperverletzung nur 20 RM. Geldstrafe und muß außerdem 30 RM. Geldbuße bezahlen.

Aus dem Riesengebirge

Berlehrsunfälle häufen sich

Eine Reihe sehr schwerer Berlehrunfälle hat sich in den letzten Tagen abgetragen. In der Barmbrunner Straße fuhren zwei Motorradfahrer in voller Fahrt gegeneinander. Der eine Fahrer starb bald nach der Eindämmung in das Krankenhaus, der Zustand des zweiten Fahrers ist Hoffnungslos. In Giersdorf erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Langholzwagen. Der Begleiter des Langholzwagens wurde getötet. In Bad Elster ereignete sich am Sonntag gegen Abend innerhalb kurzer Zeit drei Berlehrunfälle. In einem Falle wurde der Vorarbeiter Robert Siebig von einem Auto überschlagen und auf der Stelle getötet. In mehreren Fällen wurden Personen schwer verletzt in die Krankenhäuser gebracht.

Vom Bullen getötet

Der in Stönsdorf zur Sommerfrische weilende Kaufmann Lebedien aus Berlin wurde von dem Bullen seines Quartierwirts angefallen und so schwer verletzt, daß er jetzt verstorben ist.

Werb für die „Arbeiter-Zeitung“!

Oberschlesien

Gleiwitz

Drei Monate Gefängnis für das Tragen der R.F.B.-Reichstreffenplatette

Gestern (Dienstag) wurde vor dem hierigen Schöffengericht gegen einige Arbeiter verhandelt, weil sie im Besitz einer Reichstreffenplatte des R.F.B. waren. Die Klassenjustiz und vorerst die sozial-sachlichen Aufgrobshenjungen und anderen Schergen erblidten darin eine Fortführung des verbotenen R.F.B. und eine Gesährigung dieser angekauften kapitalistischen Republik. In der Verhandlung, in der die Polizei des Sozialdemokraten Wede die Zungen hielte, wurde den Arbeitern ohne viel Federlesens das Urteil gesprochen. Drei Monate Gefängnis beantragte der Staatsanwalt. Das Gericht sollte das Klassenurteil entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts, es billigte über eine dreijährige Verdraengungsstrafe, die diese Justiz doch illusorisch machen wird, zu.

Einer der Angeklagten wurde der Klassenjustiz von der Kriminalpolizei ausgeliefert, obwohl er nur die Platette inwendig am Judentum festgemacht hatte. Auf der Polizei griff er in die Seitenäste und so erblideten Wede's Schergen die Platette und übergaben ihn der Klassenjustiz.

Das Republikschulgefecht gegen die Arbeiter trägt noch Früchte. Ein neues, härteres wird von Seizing vorbereitet. Arbeiter und Klassengenossen kämpfen den Diktaturmethoden. Wenn auch die weiße Kette, die Klassenjustiz, noch solche unerhörten Klassenurteile spricht, für einen der hinter Kerkern wandert, zehn neue. Die rote Front lädt sich nicht mehr totkriegen.

Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Für die Zeit vom 29. Juli bis 3. August 1929 gibt die Freigießstelle Oberschlesiens des Landesarbeitsamtes Schlesien folgende Ziffern an: In der Berichtswoche: Arbeitsuchende 20 754, in der Vorwoche 21 412, im Vorjahr 14 057; Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der Berichtswoche 10 977, in der Vorwoche 11 701, im Vorjahr 5 961; Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitsfürsorge in der Berichtswoche 1 948, in der Vorwoche 2 094, im Vorjahr 833; offene Stellen in der Berichtswoche 812, in der Vorwoche 416, im Vorjahr 778; Vermittlungen in der Berichtswoche 1 880, in der Vorwoche 1 650, im Vorjahr 1 858.

Die Arbeitsmarktlage zeigte eine schwache Besserung. Die Arbeitslosenziffer ist während der Berichtswoche um 658 gesunken. Infolge Beginn der Winterarbeiten boten sich etwas günstigere Beschäftigungsmöglichkeiten als in der Vorwoche. Bei Notstandsarbeiten werden zurzeit 3 907 Personen beschäftigt. Die Zahl der infolge Abschluss der Unterstüzungshöchstbauer ausgesteuerten Personen, die dem Bauherrnamt zur eventuellen weiteren Betreuung überwiesen wurden, betrug 502.

Vom Gefängnisdach gestürzt

Dienstag vormittag ereignete sich im Gerichtsgefängnis eine aufregende Szene. Die Gefangene, von der wir vor einigen Tagen berichteten, daß sie einen Spaziergang aufs Gefängnisdach unternahm, wiederholte bei der Freilunde nochmals diesen Akt. Um Blitzebleiter ließ sie wieder auf das Dach. Die herbeigerushene Feuerwehr verlor keine Zeit, die Gefangene herunterzuholen. Daraufhin schleiften Krankenpfleger, stellte sich die Unglücksche an den Rand des Gefängnisdaches und sprang plötzlich herunter. Die Feuerwehr verlor sie zwar mit dem Sprungtuch aufzufangen, aber sie fiel nur auf ein niedriger gelegenes Dach. Dort blieb sie mit zerschmetterten Gliedern liegen. Schwerverletzt wurde sie ins Krankenhaus transportiert.

Allerdings handelt es sich bei dieser Gefangenen um eine Kranke, die nicht ins Gefängnis, sondern in die Heilstätte gehörte. Die Gefängnisverwaltung muß hier ein Vorwurf kriegen, da doch schon mehrmals diese Gefangene einen Spaziergang aufs Dach unternahm.

Entziehung von Wohnungen zu Bürozwedern

Das ganze Sinnen und Trachten der Haushaltsschäfte geht darauf, recht viel Profit aus den Wohnungen herauszuschlagen. Da die Miete für Wohnräume in alten Häusern nicht ins Unermeßliche gestiegen werden kann, vermieten die Haushaltsschäfte Wohnräume als gewerbliche Räume. Ein S. B. Cohn bietet in einem Anserat dieser Parterreäume für Bürozwedern an. Diese Räume sind, wie festgestellt, keine gewerblichen, sondern Wohnräume. Auf diese Weise werden die Wohnungen den Wohnunglosen entzogen. Die Erbitterung der mehr als 6000 Wohnungsuchenden aus den Jahren 1919 bis 1921 wird durch solche Haushaltsschäfte immer größer. Wir verlangen, daß diese Räume unter allen Umständen der freien Bewirtschaftung überlassen werden. In solchen Fällen würden wir ja eine Selbsthilfe der Wohnungsuchenden für ratsam halten.

Kneipe im Katholischen Vereinshaus

Auch die frommen Christen finden Kneipe-Manieren ganz nett. Am Sonntag in den ersten Morgenstunden haben sich einige solcher Gottesträger im Katholischen Vereinshaus an den Haken getrieben. Nachdem erst ein ganz untermes Wirtgeschäft stattfand, wurde zu den Biergläsern gegriffen. Zwei Fromme wurden verletzt, und einige christliche Biergläser gingen in Scherben. Das hinzugeckte Überfallkommando brauchte nicht mehr einzutreten.

Hindenburg

Arbeiterabban bei der Stadt

U. R. Am Sonnabend wurden bei der Stadtgärtnerei 30 Arbeiter entlassen. Die Verwaltung gibt an, daß für die Beschäftigung dieser Arbeiter kein Geld vorhanden ist. Natürlich, der Magistrat, der für jeden Zug Laufende verputzt, hat für seine Arbeiter kein Geld. Jetzt mitten in der Saison werden darum die Arbeiter hausweise auf die Straße geworfen. Was wird erst im Winter sein? Wir können aber feststellen, daß viele Arbeiten an Privatunternehmern vergeben werden. Darauf stellen sich die Arbeiten noch teurer, denn der Unternehmer streicht auch einen schönen Profit ein. Wir sind der Ansicht, daß das nicht notwendig ist. Die Arbeiter verlangen, daß diese Wirtschaft, die sich gegen sie richtet, aufhört.

Ein rabiater Patron

U. R. Der Steiger Friedel aus Matthesdorf ist als rabiater Mensch hier schon bekannt. Er hat sich wieder ein starkes Stich geleiht, indem er sich an einem Kriegsverletzen vergreift und diesen zu bearbeiten, daß der Kriegsverletzte ins Krankenhaus geschafft

wurde. Der rabiater Patron hat sich schon öfters solche Stiche erlaubt. Es wäre Zeit, daß er mal an den Richtigen kommt; denn Gezege, die ihm keine rabiaten Manieren unterwerfen, scheint es für ihn nicht zu geben.

Beuthen

Vermiht

wird seit dem 18. Juli der Bürstenmacherlehrling Paul Kutschka, geboren am 16. 11. 1912 zu Böhmen, zuletzt in Böhmen, Karlstraße 10, wohnhaft gewesen. Der Vermihte ist 1,80 Meter groß, hat dunkelblondes, langes, glattes, dichtes, kurzgeschorenes Kopfhaar, bartlos, sommersprossiges blaues Gesicht, hohe Stirn, braune Augen, gründliche Nase, abstehende Ohren mit abstehenden Ohrbüschchen, weiße vollständige Zahne, Gang und Haltung aufrecht. Bekleidung: Jodelmütze, graues Tadett, graue Weste, gestreifte Hose, wollenes Unterbeindleib, grünes Sporthemd, graue Strümpfe und schwarze Halbschuhe. Personen, die über den Aufenthaltsort des Vermihten irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, sich im Zimmer 14 des Polizeiamts, Reichspräsidentenplatz, zu melden.

Ratibor

Was geht in der städtischen Sandgrube vor?

U. R. Recht eigenartige Zustände herrschen in der von Steuerbürgern der Bevölkerung durch die Stadt Ratibor erworbene Sandgrube. Dieselbe wurde von der Stadt erworben zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung für ausgesteuerte Einwohner und wirtschaftlich Notleidende. Nach der Praxis des dort tanagenden Komunalbeamten Jahnel wird die tollste Gründungswirtschaft betrieben. So willst es doch sehr eigenartig, wenn Stadtstaatszähne und sonstige begüllerte Leute Arbeit bekommen, während auf der anderen Seite sich mitgliedig gemachte Arbeiter trock ihrer Notlage auf das Straßenpflaster geworfen werden. Das Denunziantentum und Schmarotzerum wird geradezu durch das alte Mitwirken des Aufsehers Kudulla, eines sogenannten frummen und fleißigen Kirchengängers, unter der Belegschaft geschürt, und alles, was nur halbwegs nach Kommunisten riecht, unter den waghalsigsten Verdächtigungen entlassen. Es wird Aufgabe der dort beschäftigten Arbeiter sein, sich gegen derartige Praktiken und Methoden, wie sie von Jahnel und Kudulla angewandt werden, zur Wehr zu setzen. Auch der Magistrat müßte einmal dort nach dem Rechten sehen.

R.P.D.-Versammlung in Breslau

Um Sonntag, dem 4. August, fand in Breslau unter freiem Himmel eine Versammlung der Kommunistischen Partei statt, die zahlreich besucht war. Aufmerksam folgten die Anhänger den Ausführungen des Genossen König über die imperialistische Kolonialgefahr und die Politik der derzeitigen Koalitionsregierung. Mit der Ausforderung, sich einzurichten in die rote Klassenfront, schloß der Redner seine Ausführungen. Auch diese Versammlung hat gezeigt, daß die Arbeiter und Kleinbauern erkennen, daß ihr Platz nur an der Seite der Kommunistischen Partei ist.

Cosel

Heraus aus der Kirche!

U. R. Das Pfarramt in Cosel wird immer frecher. Diese Prediger von Liebe und Brüderlichkeit, die nicht im geringsten danach handeln, fragen nicht, ob der Ausgesteuerte und Einwohner trockenstar auf dem Tisch liegen hat, sondern fordern von ihm eine nicht geringe Kirchensteuer. Die Proleten von Cosel können vor Pfarrkampf kaum gerodeaus sehen und tragen sich mit Selbstmordgedanken. Da wird ihnen die Kirche in allerleichter Not als Retter, indem sie die Proleten mit dem Kirchensteuerzettel erfreut. Bei Nichtbezahlung erfolgt Zwangsentrückung. Welch' segnende Hand hat sich da über die Proleten ausgestreckt. Arbeiter, laßt euch nicht weiter neppen und für euer Geld im Elend halten. Heraus aus der Kirche!

Auf nach Dirschowitz!

Am Sonntag, dem 11. August, veranstaltet die Kommunistische Partei in Dirschowitz ein Rotes Treffen. Die Ortsgruppen müssen alle Sympathisierenden dazu organisieren. Die Ortsgruppen Groß-Strehlitz, Gogolin und Krappitz müssen sich gleichfalls daran beteiligen. Die Abfahrt mit Wagen erfolgt von Cosel um 9.30 Uhr. Die Radfahrer fahren um 10 Uhr ab. Sammelplatz Rosenthalhof. Treffpunkt in Dirschowitz beim Gastwirt Genosse Wohl am der Ober.

Pfandleihhaus Grundmann

Breslau, Liebnitzer Str. 21
Beleihung u. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücke

II. Fleisch- II. Wurstwaren Frühstückstube

C. Leopold Schweidnitz, Langstraße Nr. 8

+ Gummiwaren + Hyo. - pharm. Artikel Verlangen Sie kostenlos Preisliste Sonitas - Versand, Oldwitz Schließfach 208

Sie müssen doch

mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum

INSEIEREN

Neustadt

Familienbad abgelehnt

Auf den Antrag der kommunistischen Fraktion im Stadtparlament, einen Familienbadeanstalt in der Flussbadeanstalt einzurichten, gab der Magistrat jetzt einen ablehnenden Bescheid. Mit der scholigen Begründung, daß hierfür kein Geld vorhanden ist, lehnt der Magistrat ein Bedürfnis der Bevölkerung ab. Allerdings gibt der Magistrat noch etwas anderes zur Begründung. Das vermöderie, jugendliche Pfaffentum hat nämlich Beschwerde gegen ein Familienbad eingelegt. Diese müßigen Brüder scheinen dem Magistrat das Hauptmoment zur Ablehnung gegeben zu haben. Es wird an der Neustädter Arbeiterschaft liegen, dieses Wideratum zu durchbrechen und die Freiheit zu erlämpfen.

Groß-Strehlitz

Kavallerieverein geht läden

U. R. Jetzt, nachdem sich die Groß-Strehlitzer Arbeiterschaft immer mehr zur R.P.D. bekehrt, ist es auch aus mit den großen nationalsozialistischen Rummen. Die Standartenabteilung des Kavallerievereins am Sonntag zeigt eine große Plakette. Trotz großer Plakate, trotz Heranziehung von allen möglichen auswärtigen Vereinchen war der Rummen fast möglich. Die Proleten geben jetzt immer weniger selbst die Neugierigen ab. Und so sind eben die nationalistischen Rummen zur Plakette verurteilt.

Kreuzburg

Wer Zariflöhne verlangt, kommt auf die schwarze Liste

U. R. Am Sonnabend voriger Woche sind elische Arbeiter, welche beim Stadtbauamt als Notstandsarbeiter beschäftigt waren, entlassen worden. In der Zeit der Beschäftigungsduer ist nicht einem einzigen der Lohn, der ihnen zusteht, gezahlt worden. Auf die Anfrage einiger Arbeiter, wie das mit der Nachzahlung des zaristisch zustehenden Lohnes sei, wurde ihnen erklärt, sie sollen mit dem zusehen sein, was sie bekommen haben, denn sie werden das Stadtbauamt noch einmal gebrauchen. Wenn sie aber auf der Forderung bestehen, kommen sie auf die schwarze Liste. Das heißt, sie bekommen nicht wieder Arbeit beim Stadtbauamt.

Wir fragen hiermit den Magistrat an, ob des „Herrn Stadtrat“ zu solchen Neuerungen befugt ist, und „Ihm“ selbst möchten wir empfehlen, solche Diktaturen zu unterlassen. Wir, als Arbeiter, stehen geschlossen für die Auszahlung des uns zustehenden Lohnes und lassen uns durch diese Drohung nicht beeinflussen. Die „Herren“ vom Stadtbauamt und vom Magistrat werden die Arbeit, die wir schaffen, nicht allein machen.

Arbeiter, Augen auf, seht euch dieses „soziale“ Verhalten bießer Herren gegenüber den Proleten an. Durch den restlosen Zusammenschluß unter Führung der R.P.D. müssen wir diesen Ausbeutern die Antwort erteilen.

Oppeln

Die „armen“ Zementbarone

Wie verlautet, werden die Vereinigten Portland-Zement- und Kalkwerke Schlesien, Silesia und Frauendorf eine überzeugende Dividende zur Auszahlung bringen. Trotz ihres Jammerns haben die Zementbarone also ein anständiges Geschäft gemacht. Das alles geht auf die Knochen und das Hungerleben der Zementarbeiter. Zementarbeiter, wollt ihr nur gebüdig aufsehen, wie eure Ausbeuter die hohen Dividenden schlucken? Organisiert den Kampf um bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit.

Ein Wohnungskandal

Ein Arbeiter, der schon sieben Jahre Wohnungsuchender ist und jetzt einen Raum mit seiner Familie bewohnt, von dem die Wohnungskommission sagt: „In so einem Raum kann man nicht wohnen“, bewahrt sich um eine freie Wohnung. Unter der Leitung des Zentrumsmannes Götz ist aber die größte Ungerechtigkeit zu Hause. Der Arbeiter erhält nicht diese Wohnung, dafür erhält sie aber der ledige Sohn des Malermeisters Lehmann. Es handelt sich um eine Wohnung auf der Jahnstraße im Hause des Herrn Wanisch. Der Vater des Herrn Lehmanns, der diese Wohnung besaß, ist selbst Hausbesitzer und baut in seinem Hause aus Wohnungen Löden. Wir finden die Wohnungsergebung des Wohnungsamtes als unerhörten Skandal. Das Wohnungamt muß unverzüglich die Wohnungsergebung an einen Löddigen rückgängig machen und einen Familienvater aus einer schlechten Wohnung dort hineinziehen.

Ein großer Fortschritt im Reiche der Frau!

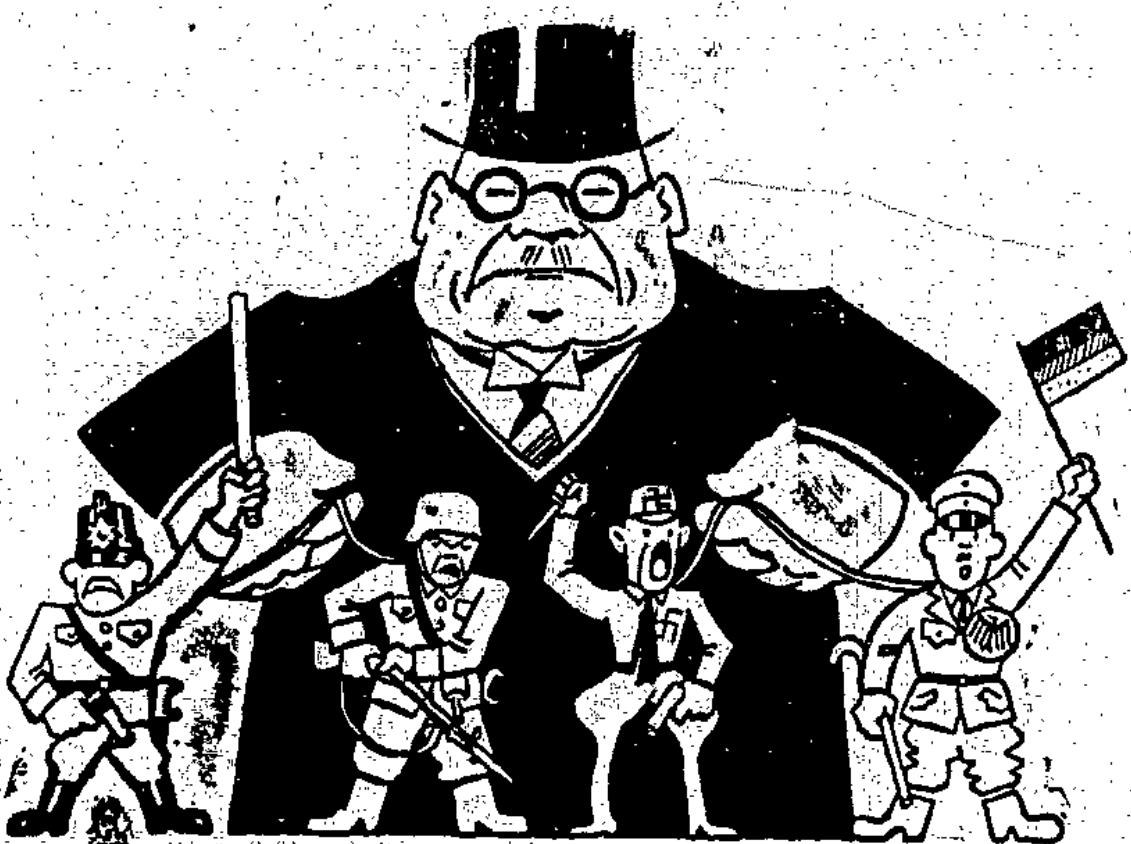


Henkel's Spül- und Reinigungs - Mittel

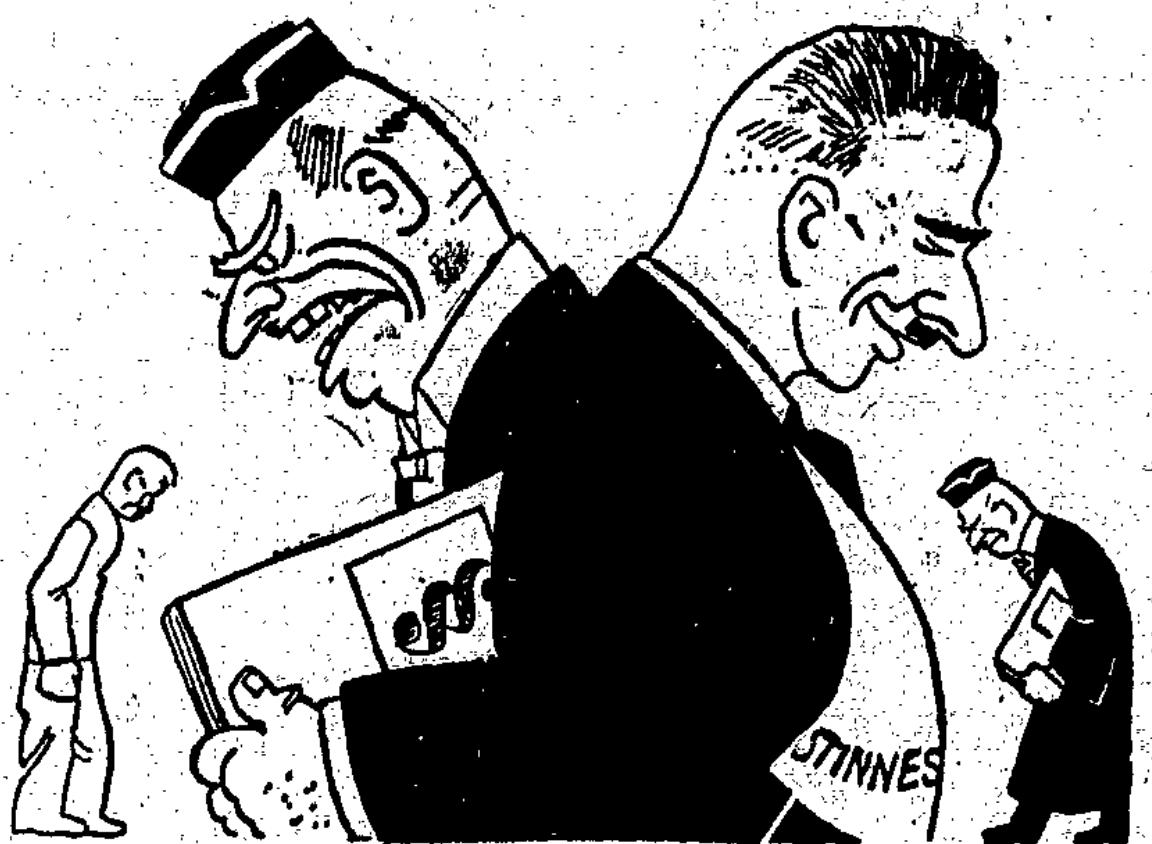
für Haus- und Küchengerät

Hergestellt in den Dosen - Waren

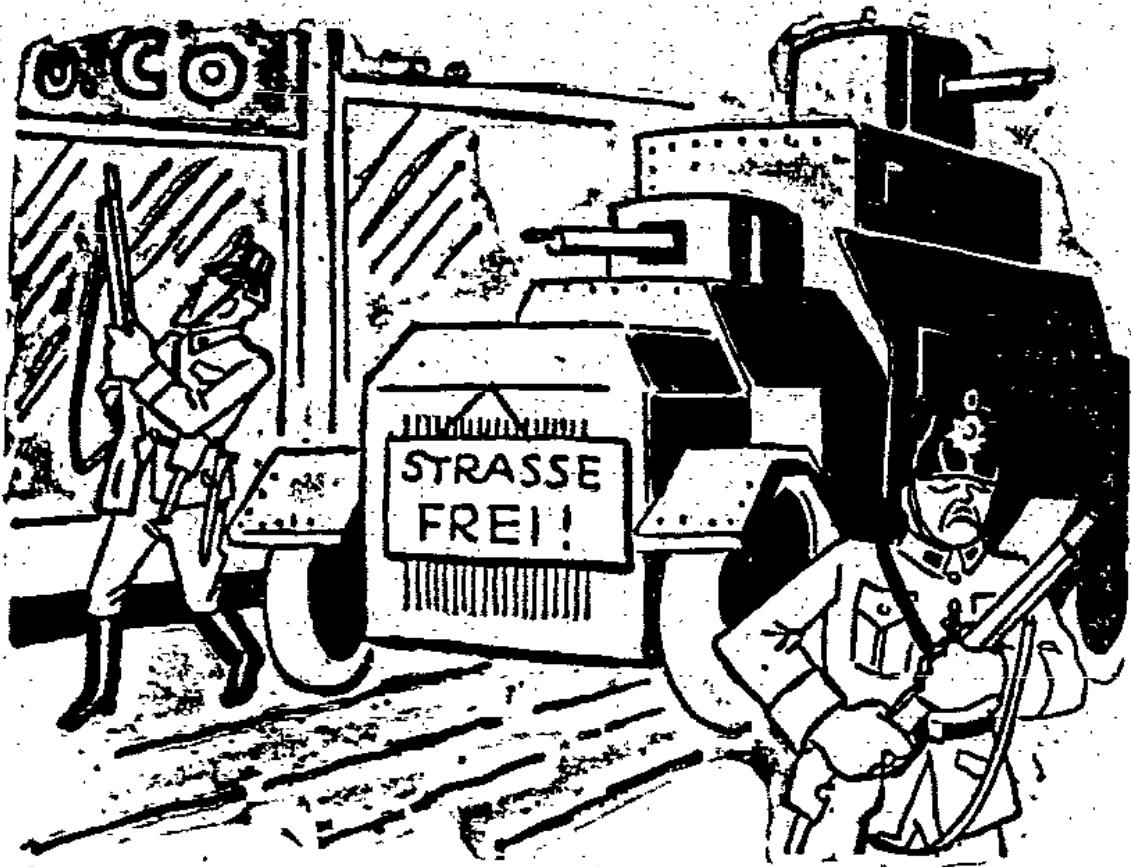
Verfassungsbilderbögen 1929



Artikel 1: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“



Artikel 109: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich“



Artikel 123: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln“



Artikel 134: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied tragen im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten nach Maßgabe der Gesetze bei“



Artikel 151: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen“



Artikel 163: „...Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirksame Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben...“



Artikel 48: „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten“

Die Verfassung hebt die Verfassung auf!